

Einleitung

Wenn von der Arbeiterwohlfahrt gesprochen wird, so denken die meisten Bürger unseres Landes wohl nicht unbedingt zuerst an den Träger von Kindergärten; und zweifelsohne liegt der Schwerpunkt dieses Verbandes eher in der ehrenamtlichen Arbeit, sei es im Kinder-, Jugend- oder Altenbereich. Was ist also der Grund, sich näher mit der Geschichte der Kindergärten der Arbeiterwohlfahrt, die heute mit etwa 2,3 % einen geringen Anteil an den Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege im Elementarbereich hat, zu beschäftigen?

Da ist zum einen die Tatsache, daß die AW neben den konfessionellen Trägern, nimmt man den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband aufgrund seiner sehr heterogenen Organisationsform und dem daraus resultierenden Umstand, daß er die unterschiedlichsten Gruppen vom Bundeswehrsozialwerk bis zu Eltern-Kind-Initiativen vertritt, einmal aus, der drittgrößte bundesweite freie Träger von Kindertageseinrichtungen überhaupt ist.

Dieses Argument, drittgrößter Träger zu sein, erscheint mir aber, zumal der Abstand zu den konfessionellen Verbänden, die unterhalten etwa 95 % der Einrichtungen des Elementarbereichs innerhalb der freien Wohlfahrtspflege, so groß ist, keine besondere Begründung für eine nähere Untersuchung zu liefern. Und wahrlich, die Bedeutung der AW im Kindergartenbereich läßt sich an der Größe nicht messen. Da ist vielmehr die traditionelle Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu sehen, als deren Hauptausschuß die AW 1919 gegründet worden ist.

Die SPD, mit Abstand einflußreichste, wenn auch nicht immer konsequenteste Partei innerhalb der Arbeiterbewegung, ist auch heute noch eine der großen Volksparteien und bildet, auch wenn sich die AW 1946 formal von ihr abgekoppelt hat, so etwas wie eine parlamentarische Lobby für den Verband. (Auch wenn es meiner Meinung nach zur Zeit fraglich ist, ob es eine einflußreiche Lobby für den Kindergarten überhaupt gibt.)

Neben dieser Zusammenarbeit mit der SPD und der Tatsache, daß die AW der mitgliederstärkste Wohlfahrtsverband überhaupt ist, rechtfertigt ein weiterer Grund die nähere Betrachtung als nützlich, daß die Arbeiterwohlfahrt der einzige Verband der freien Wohlfahrtspflege ist, der aus einer politischen Partei hervorgegangen ist und sich selbst auch heute noch als politischer Verband definiert.

Die Arbeiterwohlfahrt also ein traditionell politischer Verband? Mit Sicherheit ja, doch wo drückt sich dieses im Kindergartenbereich aus, und woher stammen die Traditionen?

Auf diese Frage eine alles befriedigende Antwort zu geben, ist kaum möglich.

Die Sozialdemokratie hat sich erst mit der Arbeiterbewegung konstituiert und ist somit, historisch gesehen, eine junge Bewegung. Insofern ist es einzusehen, daß sie in ihren Äußerungen zur Bildungspolitik, in deren Bereich sie den Kindergarten integriert hat, auf pädagogische Traditionen zurückgreift, die bereits vor der Gründung der SPD bestanden haben.

Es müßte also die Geschichte der Vorschulerziehung mituntersucht werden, um allumfassend zu antworten. Dieses ist im Rahmen dieser Veröffentlichung nicht möglich. Ausgangspunkt soll eine kurze Betrachtung bildungspolitischer und pädagogischer Strömungen in der Sozialdemokratie sein, die dann zum Hauptteil der Entwicklung der Kindergärten der Arbeiterwohlfahrt führen soll.

Das Gründungsjahr der Arbeiterwohlfahrt 1919 wird also Anfangspunkt dieser Darstellung sein. Die Frage nach älteren Traditionen innerhalb der Sozialdemokratie zu Kindergartenfragen kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden und bleibt einer umfassenderen Befassung vorbehalten.

Ziel ist vielmehr, das Profil der Arbeiterwohlfahrt im Kleinkinderbereich als politischer Verband, wenn auch lückenhaft, nachzuzeichnen.

Bei der Suche nach institutionalisierter Erziehung im Elementarbereich bzw. nach konzeptionellen Ansätzen muß berücksichtigt werden, daß die AW 1919 nur 14 Jahre Zeit zum Aufbau ihrer Organisation gehabt hat und somit die Menge an verwertbarem Material gering ist. Trotzdem sind auch in der Weimarer Republik Grundwerte der AW zu erkennen. Wenn sich dabei das Augenmerk des Verbandes mehr auf Veränderung von Lebensumständen als auf Institutionalisierung von Kindererziehung gerichtet hat, so kennzeichnet auch dies die Stellung der AW zum Kindergarten.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten ist die AW verboten worden. Diese 12 schlimmsten Jahre deutscher Geschichte bleiben in dieser Arbeit unkommentiert, da alle Aktivitäten der Mitarbeiter der AW untersagt und alle Einrichtungen von der NS-Volkswohlfahrt übernommen wurden und somit jegliche Arbeit der AW unter ihrem Namen eingestellt worden ist.

Bleibt der Weg der Arbeiterwohlfahrt nach dem 2. Weltkrieg. Auch hier stellt sich die Frage nach Veränderungen bzw. Erhaltenem. Darauf in bezug auf Wertorientierungen aus der Tradition des Verbandes, aber endlich auch auf institutionalisierte Erziehung und die Vorstellungen der AW darüber einzugehen, bestimmt den Teil über die ersten zwanzig Nachkriegsjahre. Danach wird die AW, anhand bildungspolitischer Tendenzen in der BRD, untersucht und somit ein Feld geöffnet, in dem zu zeigen ist, was von früheren Forderungen und Konzeptionen übergeblieben ist und wie sich die AW heute darstellt. Die Trennung der Kapitel verdeutlicht dabei meine These, daß sich die AW nicht nur an den Traditionen orientiert hat, sondern gleichermaßen von pädagogischen und bildungspolitischen Tendenzen beeinflusst ist.

Infolgedessen ist zu fragen, wie sich die AW in der Zeit der Stagnation des Kindergartenwesens bis etwa 1964 entwickelt hat und welche Veränderungen in der Bildungsreform eingetreten sind.

Abschließend soll in einem Rückblick die Kindergartendiskussion innerhalb der SPD/AW bis heute vergleichend betrachtet werden, nicht zuletzt, um Fragen an die Geschichte, aber auch an die Zukunft zu stellen.

1. SPD und Kindergarten bis zum 1. Weltkrieg

Die Gründer der Sozialdemokratie beschäftigten sich bereits in der Anfangsphase der parteilich organisierten Arbeiterbewegung mit Fragen der Bildung und Erziehung. Jedoch beschränkten sich die Diskussionen meist auf eine Kritik der bestehenden Erziehungsformen beziehungsweise an dem existierenden Bildungssystem. Mittelpunkt der Kritik war dabei der Einfluß des Kapitals auf Bildung und Erziehung. Dieses macht Wilhelm Liebknecht in seinem Aufsatz »Wissen ist Macht – Macht ist Wissen« deutlich, in dem er das preußische Schulsystem angriff. Er verglich das Vorenthalten der Bildung mit antiken Sklavereiverhältnissen und konstatierte, es habe »noch nie eine herrschende Kaste, einen herrschenden Stand, eine herrschende Klasse gegeben, die ihr Wissen und ihre Macht zur Aufklärung, Bildung, Erziehung der Beherrschten benutzt und, nicht im Gegenteil, systematisch ihnen die echte Bildung, die Bildung, welche frei macht, abgeschnitten hätte«¹.

Diesem entgegen forderte er Gleichheit der Bildung. In diese Vorstellung war auch der Kindergarten einbezogen. Der Kindergarten war für die Sozialdemokratie Teil eines Schulsystems, welches *Einheitlichkeit, Weltlichkeit, Unentgeltlichkeit und obligatorischen Besuch forderte*.

Diesen programmatischen Äußerungen fügte der sozialdemokratische Pädagoge Adolf Douai die Forderung nach Einrichtung von Muster-Kindergärten hinzu, die *von Pädagogen und Pädagoginnen* gleichermaßen betreut und *wohnnah* gebaut werden sollten. An den vorher genannten Grundforderungen hielt auch er fest.

Der sozialdemokratische Schulpolitiker Heinrich Schulz konkretisierte diese Forderungen in seinem 1911 erschienenen Buch »Die Schulreform der Sozialdemokratie«.

Organisation der Einheitsschule²

vom 19. Lebensjahre an			Hochschule (Universtität, technische Hochschule, Akademie)
vom 15. bis 18. Lebensjahre	14.	Hochschule	Mittelschule (theoretische und praktische Ausbildung)
	13.	"	
	12.	"	
	11.	"	
	10.	"	
vom 8. bis 14. Lebensjahre	9.	"	Unterschule (allgemeine Elementarschule)
	8.	"	
	7.	"	
	6.	"	
	5.	"	
vom 4. bis zum 7. Lebensjahre	4.	"	Kindergarten
	3.	"	
	2.	"	
	1.	"	

Deutlich geht aus diesem Modell hervor, daß der Kindergarten Teil der Einheitsschule sein sollte, was nicht bedeutete, daß schulische Übungen im Vordergrund stehen sollten. Funktionale Übungen wie das Erlernen von Lesen und Schreiben sollten unterbleiben. Vielmehr sollte das kindliche Spiel Ausgangspunkt für Lernprozesse sein. Zu der zum damaligen Zeitpunkt notwendigen Forderung nach Ausbau von »Kinderunterbringungsmöglichkeiten« (steigende Erwerbstätigkeit der Frau) stand bei den Sozialdemokraten/innen der Bildungsaspekt des »Kindergarten für alle« im Vordergrund.

Schulz schreibt dazu, der Kindergarten sei »pädagogisch von hohem Werte . . . dadurch, daß ich ihm einen wichtigen Platz im organisatorischen Gefüge der Einheitsschule einräume, habe ich schon zu erkennen gegeben, daß ich den Kindergarten auch dann noch für eine sehr nützliche und wohlthätige Einrichtung halte, wenn sein unmittelbarer sozialpolitischer Nutzen nicht mehr von Bedeutung ist.«³

Den Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie genauer nachzugehen würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Gegeben hat es sie. Clara Zetkin und Käthe Duncker vertraten weit radikalere Positionen. Ihre marxistischen Positionen wurden aber durch den Vormarsch revisionistischer Tendenzen immer stärker zurückgedrängt.

Ich möchte aber noch auf einen Aspekt eingehen, der wie kaum ein anderer prägend für sozialdemokratische Geschichte werden sollte, *die genossenschaftliche Selbsthilfe*.

Wie heute galt auch im Kaiserreich der Kostenfaktor als wesentliches Argument, um den Ausbau von Kindergärten zu stoppen. Einen scheinbar realistischen Weg, Kindergärten zu schaffen, ohne den Staat zu belasten, war die genossenschaftliche Selbsthilfe.

Lily Braun forderte 1901 dazu auf,

»für bestimmt umgrenzte Häusergruppen Turn- und Spielplätze, im Winter in Sälen, im Sommer in Gärten, anzulegen und auf gemeinsame Kosten der Eltern für ihren Beruf gründlich vorgebildete Erzieherinnen und Kindergärtnerinnen anzustellen.«⁴

Dieses sollte zweierlei sicherstellen,

- die Erwerbsmöglichkeit der Frau,
- gemeinschaftliche Erziehung der Kinder.

Lily Braun verstand die Frage der Kindererziehung als untrennbar von der Möglichkeit der Frauenerwerbsarbeit, die sie aber erst gesichert sah, wenn die Reform der Verkürzung der Arbeitszeit »mit der Reform der Wohnungs- und Hauswirtschaftsverhältnisse Hand in Hand geht«⁵; erst dann werde

»die bürgerliche Berufsarbeit der Frauen nicht mehr mit dem Eintritt in die Ehe abzuschließen brauchen, sie wird sich auch leichter ermöglichen lassen, weil bei geringer Ausnutzung der einzelnen Platz für viele frei wird.«⁶ (Vgl. heutige Stellungnahmen der Gewerkschaften zur 35-Std.-Woche.)

Es waren aber nicht nur die bereits genannten Gründe, die Lily Braun veranlaßten, die Form genossenschaftlicher Selbsthilfe zu wählen. Sie glaubte hierin eine Möglichkeit, den Erziehungsmethoden des Staates wenigstens partiell entkommen zu können und innerhalb der selbstgewählten Gruppe eigene Vorstellungen zu verwirklichen. Hätte dieses zwar aus volkswirtschaftlichen Gründen eine Entlastung für den Staat bedeutet, die Frauen und ihre Männer hätten über ihre eigene Erwerbsarbeit Kindergärten eingerichtet, so konnte dem Staat eine ideologisch entgegengesetzte Erziehung nicht recht sein. Dieses drückte sich auch darin aus, daß der aus meinen Unterlagen ersichtliche erste, von Sozialdemokratinnen und Mitgliedern anderer Parteien gegründete Kindergarten, in dem »auf dem Boden moderner Pädagogik und Kinderpsychologie und unter strenger Vermeidung jeder politischen und religiösen Beeinflussung«⁷ erzogen werden sollte, verboten wurde.

Otto Rühle, von 1912–1916 sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, schrieb dazu:

»Ein ›freier Kindergarten‹ in Charlottenburg wurde polizeilich geschlossen, weil er, da er ›religiöse und patriotische Bildungselemente‹ nicht genügend berücksichtigte, ›der Heranbildung der Kinder zu staatsreuen und religiösen Menschen hinderlich

sei und den Boden für eine spätere leichtere Aufnahme sozialdemokratischer Ideen vorbereite.«⁸

Die Form genossenschaftlicher Selbsthilfe war in der SPD nicht unumstritten. Clara Zetkin sah in der Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften im Sinne von Lily Braun eine Kräfteverschleuderung der Arbeiterklasse, die den Kampf um eine bessere Gesellschaft behindere. Sie warf L. Braun vor, die materiellen Gegebenheiten der Arbeiterschaft nicht genügend zu berücksichtigen (vgl. Zwerger, a. a. O., S. 120).

Mit Sicherheit war die genossenschaftliche Selbsthilfe kein Weg, um flächendeckend Kindergärten durch Sozialdemokratinnen zu institutionalisieren.

Es konnte dem Staat nicht recht sein, die »verhaßte Ideologie« auch Kindern näherzubringen. Insofern ist die Kritik von Clara Zetkin durchaus angemessen.

Insgesamt kann in der genossenschaftlichen Selbsthilfe der erste Versuch gesehen werden, eigene Einrichtungen zu etablieren, was auch eine allgemeine Annäherung an Wohlfahrtspflege bedeutete.

Dieses sollte ein wesentlicher Teil in der sozialdemokratischen Bewegung werden. Die Gründung der Arbeiterwohlfahrt verdeutlicht diesen Sachverhalt.

2. Die Gründung der Arbeiterwohlfahrt

2.1. Die Spaltung der SPD

Aus dem Krieg ging die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geteilt hervor. Da waren zum einen die Mehrheitssozialdemokraten (MSP) unter der Führung von Friedrich Ebert, die alle Entscheidungen über Kriegskredite mitgetragen hatten, zum anderen die Unabhängigen Sozialdemokraten (USP), die, nachdem sie gegen Ende des Jahres 1915 gegen weitere Kriegskredite gestimmt hatten, aus der Fraktion ausgeschlossen wurden. Später spaltete sich der Spartakus-Bund, der Vorläufer der späteren Kommunistischen Partei Deutschlands, von der USP ab. Clara Zetkin, Käthe Duncker und Otto Rühle⁹ wechselten zur KPD. Damit hatten die Sozialdemokraten wichtige Persönlichkeiten, die sich mit der Kinder- und Jugenderziehung beschäftigten, verloren. Es waren vornehmlich die Genossen, die eine geplante Erziehung bevorzugten.

2.2. Die Partei in der Revolution

Inzwischen hatte sich die SPD, programmatisch immer noch bestrebt, den Kapitalismus zu überwinden, zu einer staatstragenden Partei entwickelt. Wie wenig ernst es der sozialdemokratischen Führung mit der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft gewesen ist, macht auch ihre Haltung während der Novemberrevolution deutlich. Die SPD hatte diese Revolution nicht gewollt und ließ sich aus taktischen Gründen auf Zugeständnisse an die Arbeiter ein. Die Parteiführung unter Friedrich Ebert ging ein Bündnis mit der alten Bürokratie ein, die Gewerkschaften arrangierten sich mit ehemaligen Monopolisten¹⁰. Gleichzeitig blieb die oberste Heeresleitung im Amt. Der Bruch mit der eigenen Tradition gipfelte dann in der Unterstützung der Verfolgung ehemaliger Parteigenossen (R. Luxemburgs und K. Liebknechts) und der Unterdrückung von Arbeiteraufständen.

Die Mehrheitssozialisten, die vornehmlich aus dem ehemaligen revisionistischen Flügel stammten, hatten sich durchgesetzt. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung erreichten die linken Parteien trotz des Fehlens der Kommunisten 45 % der Stimmen. Dieses reichte nicht aus, um allein regieren zu können. Die Sozialdemokraten waren gezwungen, sich mit den anderen Parteien, denen man seit 60 Jahren Mißachtung entgegengebracht hatte, zu arrangieren.

2.3. Nachkriegsprobleme und die Gründung der Arbeiterwohlfahrt

Dem demokratischen Wandel standen anfangs viele, durch den Krieg hervorgerufene, Probleme gegenüber. Die Kriegsfolgen mußten beseitigt werden. Zu dieser Lösung war der Staat allein noch nicht fähig. Sozialdemokraten forderten, der Staat

»müsse die Wohlfahrtspflege zwar weit mehr als bisher als sein Aufgabengebiet betrachten und mit Geld und Personal ausrüsten, bedürfe aber für deren Durchführung der Ergänzung und Vertiefung durch die freie Liebestätigkeit.«¹¹

Die Ministerien der Länder luden bald zu Sitzungen, die der Beratung von Problemen der Wohlfahrtspflege dienen sollten, ein. Die Sozialdemokraten, die zwar durch die Wahlen einen der stärksten Machtfaktoren bildeten, hatten aber gerade an dieser Stelle Schwierigkeiten, ihre Teilnahme an diesen Sitzungen zu legitimieren. Sie führten keine Organisation, die einem Wohlfahrtsverband auch nur ähnlich gewesen wäre, wollten aber auch auf Wohlfahrt Einfluß nehmen. Marie Juchacz sagte dazu am 14. 12. 1919:

»Mit Kriegsausbruch wurden wir plötzlich umworben. Man brauchte die Mitarbeit der sozialdemokratischen Frauen auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege.«¹²

Das ist jetzt in noch viel stärkerem Maße der Fall. Ich kann von mehrjähriger praktischer Erfahrung auf diesem Gebiete sprechen. Es ist mir oft sehr schwer gewesen, innerhalb der Kreise, in denen ich zur Mitarbeit berufen war, meine Autorität als Vertreterin der großen Arbeiterklasse geltend zu machen. . . So ist es mir vielfach passiert, daß ich in den Sitzungen gefragt wurde: Welche Organisation vertreten Sie?

. . . Ich saß da als Persönlichkeit, als eine Frau, die zufällig eine sozialdemokratische Weltanschauung hat und im öffentlichen Leben etwas bekannt ist, während die übrigen Damen und Herren als Vertreter aller möglichen Wohlfahrtsorganisationen anwesend waren.«¹³

Als Konsequenz daraus forderte Marie Juchacz:

»Nun geht mein Vorschlag mit Billigung des Parteivorstandes dahin, daß wir innerhalb der Parteiorganisation eine sozialdemokratische Wohlfahrtspflege konstituieren.«¹⁴

Noch am gleichen Tag wurde unter Leitung von Marie Juchacz der *Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt* ins Leben gerufen.

2.4. Kritische Würdigung der Gründungsgeschichte des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt

Die Arbeiterwohlfahrt sieht die Gründung des Verbandes in direkter Folge zu den Kinderschutzkommissionen, Kinderferienwanderungen und zur Kriegswohlfahrtspflege. Ich kann dieser Ansicht nur bedingt folgen.

Waren die Kinderschutzkommissionen Organisationen, welche die Einhaltung geltenden Rechtes kontrollierten, um dann mit dem gewonnenen Informationsmaterial Agitation zu betreiben, und hatten die Ferienwanderungen das Ziel, sozialistisches Gedankengut zu verbreiten, so ist die Kriegswohlfahrtspflege der Sozialdemokraten ein rein wohlfahrtspflegerischer Akt gewesen und weist sich damit als politischer Bruch aus. Es ist unbestritten, daß die Arbeiterwohlfahrt aus den Kinderschutzkommissionen und Kinderferienwanderungen wichtige Erkenntnisse für die Wohlfahrtspflege des späteren Verbandes ableitete, doch scheint mir eine Divergenz vorzuliegen zwischen KSK, KFW auf der einen Seite und Kriegswohlfahrtspflege und Arbeiterwohlfahrt auf der anderen Seite, die auch darin bestand, daß die SPD seit 1919 in der Regierung war und die AW die Aufgabe hatte, Mängel zu beseitigen, die mit Billigung oder unter Verantwortung der Partei entstanden waren. So muß die Gründung der AW, auch wenn die Wohlfahrtspflege der »Freien Liebestätigkeit« ideologisch abgelehnt wurde und diese durch Einfluß auf die Gesetzgebung überflüssig gemacht werden sollte, auch als Anlehnung an bürgerlich liberale Werte erkannt werden. Christoph Sachße beschreibt dieses in seinem Buch »Mütterlichkeit als Beruf«:

»Ihren Höhe- und Schlußpunkt fand die Adaption bürgerlicher Formen der Wohlfahrtspflege durch die Sozialdemokratie in der Gründung der »Arbeiterwohlfahrt« als eigenem Träger »freier Wohlfahrtspflege.«¹⁵

Des weiteren erscheint mir die Veränderung der sozialdemokratischen Frauenbewegung beachtenswert. Setzte sich die Partei seit ihrer Gründung mit der Gleichberechtigung auseinander und gelang es 1919, das Frauenwahlrecht durchzusetzen, was auch bedeutete, daß sozialdemokratische Frauen in den Reichstag einzogen, so brachte dieses sehr bald auch Probleme für die Partei. In Zeiten wirtschaftlicher Rezession trat in der SPD wieder vermehrt »proletarischer Antifeminismus«¹⁶ auf.

»Den Wünschen zur politischen Mitarbeit der Frauen begegnet die Partei mit der Entschließung der Sozialarbeit als eines »spezifisch weiblichen« Tätigkeitsfeldes.«¹⁷

So muß auch die Gründung der Arbeiterwohlfahrt, auch wenn man diese immer unter dem Mantel der positiv klingenden Arbeit der Hilfeleistung verstecken will, als ein Instrument zur Schlichtung der Differenzen bzw. der nicht gern gewollten Umsetzung der programmatisch zugesicherten absoluten Gleichstellung der Frau durch die Männer, zwischen männlicher Parteiführung und Frauenbewegung, gesehen werden. Thönissen schreibt weiter:

»Diese Verlagerung der Ziele der Frauenbefreiung auf das Recht zu karitativer Betätigung dient trotz aller Bedeutung, die dieser in Notzeiten zukommt, der Fortsetzung der Diskriminierung der Frau mit anderen Mitteln. (. . .) Dem Wandel der Sozialdemokratie zur staatserehaltenden Reformpartei entspricht die Wandlung der proletarischen Frauenbewegung zur Schulungsorganisation sozialer Nothelferinnen.«¹⁸

Die Inkonsequenz bei der Einhaltung programmatischer Forderungen liegt meiner Meinung nach weniger in der Etablierung der Sozialarbeit als in der geschlechtlichen Zuweisung bestimmter Arbeitsfelder. Daß dieses keine dem Träger feindliche Interpretation, sondern eine Ausföhrung ist, die der Wahrheit entspricht, wird in dem

»Bericht des Parteivorstandes über das Geschäftsjahr 1919« deutlich. Dort steht über die Arbeiterwohlfahrt:

»Die Gründung ist keine rein weibliche, doch kann man wohl sagen, daß im Gegensatz zu der sonstigen Beteiligung an den Spezialaufgaben der Partei die Frauen nicht nur Mitwirkende, sondern Hauptträgerinnen der Bewegung sind.«¹⁹ [Hervorhebung d. Verf.]

»Die Organisation der Arbeiterwohlfahrt gibt den Genossinnen die innere Befriedigung, in der Partei für die große Allgemeinheit zu arbeiten.«²⁰

Ob die Teilnahme an der Wohlfahrtspflege, wie nach der Interpretation Thönissens, der Emanzipationsbewegung hinderlich, ja sogar die Frauen diskriminiere, darf nicht an dem Wert der Wohlfahrtspflege insgesamt, sondern muß an den Grundsätzen der Sozialdemokratie gemessen werden, die eine Gleichstellung der Frau verlangten und die die Partei nicht einmal gewillt war, innerparteilich durchzusetzen. In diesem Sinne ist die Gründung der Arbeiterwohlfahrt sicher eine Bereicherung des Spektrums der Wohlfahrtspflege gewesen, für die Frauenbewegung war sie eine politische Niederlage.

Bleibt ein weiterer, kurz anzuschneidender Punkt, der die Gründung der AW stark beeinflusste: die Durchsetzung des Revisionismus in der Partei.

Nachdem die Partei vom Kampf um einen revolutionären Umsturz Abschied genommen hatte und sich für die parlamentarische Arbeit in Anerkennung der Weimarer Verfassung entschied, war der Weg für eine eigene Wohlfahrtsorganisation offen. Die Revisionisten, die diesen Soforthilfeaspekt befürworteten, hätten vor 1914 einen solchen Schritt nicht ohne erheblichen Widerstand vollziehen können. Es ist daher Ausdruck ihrer Macht innerhalb der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, daß die *Arbeiterwohlfahrt* so schnell gegründet werden konnte.

Mit der Arbeiterwohlfahrt gab es in der Weimarer Republik eine Organisation, die für den Rechtsanspruch auf Hilfe kämpfte, dieses galt gleichermaßen für Erwachsene wie für Kinder und natürlich auch für Kindergärten.

Dieser Kampf wurde ausschließlich auf dem Boden der Weimarer Verfassung in der selbst gewählten Staatsform geführt.

2.5. Das Selbstverständnis der Arbeiterwohlfahrt

Die Folgen des ersten Weltkrieges waren jeden Tag spürbar. Soforthilfe war gefragt. Die Arbeiterwohlfahrt, die sich in 18 Bezirks- und 49 Ortsausschüsse gliederte, war in den Nachkriegsjahren mit der Befriedigung elementarster Bedürfnisse wie z. B. Notspeisungen für Kinder beschäftigt. Eine ideologische Grundlage bildete die Parteizugehörigkeit, doch ein theoretisches Gerüst für die Arbeiterwohlfahrt gab es anfangs nicht. Als die wichtigste Aufgabe sah Helene Simon, eine der führenden Theoretikerinnen der Arbeiterwohlfahrt, die

»Verhütung der Klassenarmut durch Bekämpfung der Ursachen der Armut, was zum größten Teil nicht Spezialaufgabe der Wohlfahrtspflege, sondern Aufgabe der allgemeinen Politik sei. Aufgabe der Wohlfahrtspflege dagegen sei es, die überkommenen armenrechtlichen und polizeilichen Maßnahmen

durch solche vorbeugender, heilender und vorsorgender Natur zu ersetzen.«²¹

An dieser Stelle wird deutlich, daß die Arbeiterwohlfahrt im Gegensatz zu anderen Wohlfahrtsverbänden, wie der Caritas und der Inneren Mission, auch offiziell in das sozialpolitische Geschehen einzugreifen gewillt war.

Die ersten Richtlinien der Arbeiterwohlfahrt erschienen im März 1920 in dem Organ des Hauptausschusses der »Gleichheit« und darauf folgend im Bericht des Parteivorstandes. Danach sollte die Arbeiterwohlfahrt die Mitwirkung der Arbeiter in der Wohlfahrtspflege bewirken.

Dieses sollte erreicht werden durch:

1. Zusammenfassung aller in der Wohlfahrtspflege tätigen Frauen und Männer;
2. die Gewinnung neuer Kräfte;
3. die Schulung der bereits tätigen und der neu herangezogenen Kräfte;
4. Stellungnahme zu allen Fragen der Wohlfahrtspflege in der Öffentlichkeit und ihre wissenschaftliche Durcharbeitung;
5. die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter bei der Besetzung von Stellen und bei der Vermittlung ehrenamtlicher Hilfskräfte für die öffentliche Wohlfahrtspflege;
6. die Vertretung der Arbeiterschaft bei den Behörden des Reiches, der Länder und der Selbstverwaltungskörper, bei Zusammenschlüssen der Wohlfahrtsorganisationen sowie der Zusammenarbeit mit gleichartigen Organisationen.«²²

So sah Marie Juchacz auch den Namen als Ausdruck der Einstellung:

»Arbeiterwohlfahrt – eine Wohlfahrt nur für Arbeiter? – Nein. – Eine Wohlfahrtspflege ausgeübt durch die Arbeiterschaft. Eine Organisation hervorgewachsen aus der Arbeiterbewegung.«²³

Die Arbeiterwohlfahrt sah sich als Zusammenschluß, der sich zum Ziel setzte, Wohlfahrtspflege überflüssig zu machen.

Ein weiteres Ziel war die Schulung von Helfern und Helferinnen im sozialdemokratischen Gedankengut; diese sollten dann später in kommunalen Einrichtungen arbeiten.

Marie Juchacz schreibt dazu 1923 in der »Gleichheit«:

»Der Hauptzweck unserer Organisation aber, den wir über allem anderen nicht aus den Augen verlieren dürfen, ist die Schulung der Kräfte für die ehrenamtliche und berufliche Arbeit zur Durchführung des amtlichen Apparats mit den durch uns oder durch unsere Vermittlung und Hilfe geschulten sozialistischen Kräften.«²⁴

Mit der Forderung nach Ausbildung sozialistischer Kräfte dokumentierte die AW ihren politischen Standort.

Von seiten der Linken wurde die AW als staatstragend und somit als Hilfe zur Reproduktion des kapitalistischen Gesellschaftssystems gesehen:

»Sie (die AW) steht auf dem Standpunkt, daß im Rahmen des kapitalistischen Staates diese Fragen gelöst werden können, in einem Staate also, in dem das Bürgertum die Machtmittel und den sozialpolitischen Apparat in Händen hat. Die Devise der herrschenden Klasse ist aber Abbau der Sozialpolitik. Abwälzung der Lasten auf die Massen und Entkommunalisierung.«²⁵

Damit verwische die AW die »Klassengegensätze, fördert die Illusion, im Rahmen dieses bürgerlich-kapitalistischen Staates, die Verhältnisse *entscheidend* ändern zu können.«²⁶

Und wahrlich, *die Sozialdemokratie und mit ihr die Arbeiterwohlfahrt* definierten die *Überwindung des Kapitalismus nach dem 1. Weltkrieg anders*.

Die AW war angetreten, die Wohlfahrtspflege zu demo-

kratisieren. Übertragen auf den gesellschaftlichen Standort bedeutet dieses den Versuch, den Sozialismus über eine Vermenschlichung des Kapitalismus zu erreichen.

Dieser neu definierte Weg zu einer anderen Gesellschaft enthielt nur noch wenige marxistische Gedanken.

»Klassenkampf und Revolution, die aus der praktischen Politik der deutschen Sozialdemokratie längst verschwunden waren, wurden möglichst auch aus ihrem Sprachschatz verbannt.«²⁷

3. Elementarerziehung und Arbeiterwohlfahrt

Die Arbeiterwohlfahrt besteht seit dem 13. Dezember 1919. In den aufgeführten Richtlinien (s. S. 12) wurde von Elementarerziehung, überhaupt von Institutionen, gar nicht gesprochen. Die Arbeiterwohlfahrt war der Meinung, daß Kindergärten, Horte usw. Aufgaben der Gemeinden seien:

»Bei der Gründung des Verbandes bestand weitgehend Einigkeit, daß die Arbeiterwohlfahrt nicht selber Träger eigener sozialer Dienste und Einrichtungen werden sollte. (...) Arbeiterwohlfahrt und SPD waren seinerzeit noch fest von der Ideologie überzeugt, daß soziale Arbeit und Wohlfahrtspflege letztlich eine Art Monopol von Kommunen und Staat sein sollte und daß viele soziale und individuelle Probleme ohnehin mit dem gewiß bald kommenden »Sieg des Sozialismus«²⁸ hinfällig würden.«²⁹

Basierend auf dieser Einstellung existierten in den Anfangsjahren nur wenige Kindergärten, von denen auch nur wenig Quellenmaterial vorhanden ist. Dieses kann einerseits daran liegen, daß die Wohlfahrtsarbeit der Arbeiterwohlfahrt in den Gründungsjahren »viel Planlosigkeit und Dilettantismus«³⁰ aufwies, aber auch, wie es mir der Verband andeutete, daß durch die Nationalsozialisten, die im April 1933 die Arbeiterwohlfahrt verboten, viel Material vernichtet worden sei. Aus meinen gesamten Unterlagen gehen bis 1924 nur zwei Kindergarten Gründungen hervor.

Arbeit mit Kindern wurde bei der Arbeiterwohlfahrt schwerpunktmäßig in Ferien- bzw. Stadtranderholungsmaßnahmen geleistet.

In der Literatur findet sich über die sozialpädagogische Arbeit im Kindergarten nur wenig.

Erika Hoffmann schreibt in ihrem Buch »Vorschulerzie-

hung in Deutschland«: »In der ersten deutschen Republik vereinigten sich 1919 die Ansätze sozialistischer Sozialpädagogik zu dem Verein der Arbeiterwohlfahrt.«³¹ Diese Aussage, zwischen falsch und bedingt richtig gelegen, mißachtet, daß die AW keinen Vereinsstatus hatte, und ignoriert, daß es auch andere Organisationen gab, die sozialpädagogische Arbeit leisteten und sozialistisches Gedankengut für sich beanspruchten.

So wurden z. B. von der »Roten Hilfe« und der »Internationalen Arbeiterhilfe« sowohl Kinderheime geleitet und errichtet als auch soziale Fürsorge geleistet. Diese sprachen der AW sozialistische Ansätze ab.

Eine weitere sozialistische Organisation, die sozialpädagogische Arbeit leistete, waren die Kinderfreunde, die auch Kindergärten leiteten. Von sozialistischen Ansätzen, wie sie z. B. Siegfried Bernfeld vertrat, spricht E. Hoffmann überhaupt nicht.

Dieses soll nur ein Beispiel sein, welche Literatur zum Kindergarten der AW vorliegt.

Da von einer Institutionalisierung des Elementarbereichs in den Anfangsjahren der AW noch nicht gesprochen werden kann, aber der Kindergarten durchaus eine Rolle bei der AW spielte, möchte ich drei Themenbereiche besprechen, die den Kindergarten betreffen oder Erziehungsvorstellungen der AW verdeutlichen:

1. Die Position der Sozialdemokratie auf der Reichsschulkonferenz.
2. Die Haltung der AW zu Eigengründungen von Einrichtungen.
3. Die Zusammenarbeit mit den Kinderfreunden.

3.1. Die Position der Sozialdemokraten auf der Reichsschulkonferenz

3.1.1. Die Forderungen der Sozialdemokraten

Für die Reichsschulkonferenz, die vom 11. 6. bis 19. 6. 1920 stattfand, hatte die Sozialdemokratie eindeutige Forderungen. Die Konferenz, die von dem sozialdemokratischen Schulpolitiker Heinrich Schulz geleitet wurde, der auch Mitglied des Beirates der Arbeiterwohlfahrt war, sollte aus Sicht der Sozialdemokratie eine Veränderung für die Kindergärten bringen; sie forderte:

»Die Errichtung von Kindergärten ist ausschließlich Sache der Gemeinden und des Staates. Die bestehenden Einrichtungen der freien Liebestätigkeit müssen als solche innerhalb einer bestimmten Zeit in öffentliche Kindergärten umgewandelt werden. Bis zu dieser »Säkularisierung« müssen sie den gleichen hygienischen und pädagogischen Anforderungen wie die öffentlichen unterworfen werden.«³²

Dieser Antrag richtete sich gegen die konfessionellen Träger, die diesen natürlich ablehnten.

Der Kindergarten wurde entgegen der Forderung der Sozialdemokratie der Wohlfahrtspflege, die nach dem Subsidiaritätsprinzip³³ organisiert werden sollte, zugeordnet. In dem 4. Leitsatz zum Kindergarten heißt es:

»Soweit die freie Wohlfahrtspflege dem Bedürfnis nach Kindergärten nicht ausreichend zu entsprechen vermag, haben Staat und Gemeinde Kindergärten einzurichten.«³⁴

Auch der Eingliederung des Kindergartens in das Schulsystem (vgl. Schulz 1911, S. 34), wie es die Sozialdemokraten gefordert hatten, wurde nicht entsprochen. Es wurde festgelegt, daß »der Kindergarten grundsätzlich eine Einrichtung der Jugendwohlfahrt«³⁵ sei. Somit hatten sich die konfessionellen Träger durchgesetzt und bereits eine Vorstrukturierung für das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz festgelegt.

Die Befürchtungen August Bebels, daß die Gesamtheit sozialdemokratischer Schulforderungen nur in einer sozialistischen Gesellschaft durchzusetzen sei, bewahrheitete sich zumindest in dem Ergebnis der Reichsschulkonferenz. Die Unzufriedenheit der Sozialdemokraten erklärte Heinrich Schulz: »Das Neue hat nicht gesiegt, das Alte ist nicht unterlegen.«³⁶

Erstaunlich mag heute stimmen, wenn Elfriede Eilers, stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, voller Stolz sagt, daß das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, welches durch die Reichsschulkonferenz vorbereitet worden ist, »maßgeblich mit von Sozialdemokraten, die zugleich in der AW arbeiteten, formuliert«³⁷ worden ist.

Diese Aussage ist soweit richtig, dürfte aber für die Sozialdemokraten eigentlich kein Grund zur Freude sein, denn zumindest im Bereich des Kindergartens setzte die SPD sowohl 1920 bei der Reichsschulkonferenz als auch später bei der Festlegung des RJWG keine Forderung, wie z. B. Eingliederung in die Einheitsschule, Unentgeltlichkeit des Kindergartens, öffentliche Finanzierung, Weltlichkeit, durch, die nicht auch von Schulpolitikern anderer Parteien und Verbände erhoben wurden.

Das schmälert nicht den Erfolg des parlamentarischen Kampfes der Sozialdemokraten, mit Hilfe dessen überhaupt eine Reform stattgefunden hat.

Die Initiative zu dieser Reform ging bereits 1917 von der SPD aus (vgl. Die Reichsschulkonferenz, S. 11).

3.1.2. Der Durchsetzungswille

Mit der vorangegangenen Schilderung sind zwar die Forderungen abgesteckt worden, über den wirklichen Durchsetzungswillen der Sozialdemokratie in bezug auf die von ihr und besonders auch von dem Reichsbund entschiedener Schulreformer geforderten Schulreform im Sinne einer Organisation vom Kindergarten bis zur Hochschule ist damit allerdings noch gar nichts gesagt und bedarf deshalb einer kurzen Beleuchtung.

Zweifel an dem Nachdruck, mit dem die Sozialdemokraten ihre Forderungen vertreten haben, erscheinen berechtigt. Zum Beispiel sagte Clara Blohm-Schuch, Mitglied des Reichstages und des Beirates des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt, noch vor Beendigung der Beratungen:

»Die Erziehung des vorschulpflichtigen Kindes gehört unter die Wohlfahrtsgesetzgebung, aber auch die Schule hat Interesse am Kindergarten, der allerdings mehr ein Kinderheim werden soll. Die Not des Großstadtkindes erfordert das. Die Kosten dürfen nicht schrecken.«³⁸

Als Zeugnis großen Durchsetzungswillens war dieses kaum zu werten. Heinrich Schulz erklärte in seinem Bericht der Reichsschulkonferenz, wie wichtig es auf dem Wege einer zusammenfassenden Schulreform gewesen sei, »daß auf der Reichsschulkonferenz alle vertreten waren, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, weltanschaulich wie schulpolitisch und pädagogisch«.³⁹

Dieser Ausdruck von Toleranz mag auf den ersten Blick positiv erscheinen, doch revidiert sich der Wahrheitsgehalt der Aussage doch wesentlich, wenn man zum Beispiel die Ausführungen Dr. Löwensteins⁴⁰ hinzufügt:

»Wenn ich dennoch das Wort erbeten und es nach manchem Zögern auch endlich bekommen habe, so geschieht es deswegen, weil ich wünsche, daß der Verband sozialistischer Lehrer und daß eine so große Partei wie die Unabhängige Sozialdemokratie in dieser Dissonanz der Töne, die hier über Schulfragen ertönte, auch ihre Stimme einlegen kann. Beide Parteien, sowohl der Verband der sozialistischen Lehrer wie die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, sind nicht an der Berichterstattung beteiligt worden, und sie sind es nicht, obwohl beide seit langem der Öffentlichkeit die Eigenart ihrer Schulforderungen bekanntgegeben haben und sowohl selbst der regierenden Öffentlichkeit die Eigenart der Schulforderungen der Unabhängigen Sozialdemokratie aus den Verhandlungen der Preußischen Landesversammlung wohlbekannt sein dürfte.«⁴¹

Zu der Unerwünschtheit eines Berichterstatters der Unabhängigen Sozialdemokraten und des sozialistischen Lehrerverbandes sowie dem Fehlen z. B. von Clara Zetkin, die über viele Jahre mit H. Schulz zusammen die schulpolitischen Forderungen der SPD vertreten hatte, kam noch die ungleiche Repräsentanz von Lehrverbänden⁴² hinzu, die einen sehr skeptischen Blick auf die Einladungspraxis des Reichsinnenministers, in dessen Vertretung der Sozialdemokrat H. Schulz die Konferenz vorbereitet und geleitet hatte, zuläßt.

Hätte die Sozialdemokratie wirklich ihre Grundsätze durchsetzen wollen, so wäre eine Zusammenarbeit mit anderen progressiven Kreisen nicht nur notwendig, sondern verpflichtend gewesen.

Die Möglichkeit dazu hatte sicher bestanden, denn in der Nationalversammlung bzw. in den Ministerien war die Sozialdemokratie stark repräsentiert, und die Ergebnisse der ersten Reichstagswahl, welche für die Sozialdemokratie »erdrutschartige« Ergebnisse brachte, hatten noch keinen Einfluß auf die Vorbereitung der Reichsschulkonferenz. Gernot Koneffke charakterisiert die damaligen Entwicklungen deshalb so:

»Der Ausverkauf politischer Chancen gehörte zur Struktur sozialdemokratischer Politik spätestens seit Kriegsbeginn.

In die Vorbereitung der Konferenz, die eine knappe Woche nach den Wahlen (Reichstagswahlen 6. Juni 1917, d. Verf.) begann, konnten die Wahlergebnisse nicht einbezogen worden sein. So muß es im strategischen Konzept der SPD gelegen haben, die konservativen Gruppen unter den Teilnehmern mit soviel Gewicht zu versehen, daß in den Resultaten der Konferenz eine Provokation der Rechten nicht liegen konnte.«⁴³

Die Ergebnisse kommentiert Koneffke in folgender Weise:

»Gegenüber einer kompromißseligen Sozialdemokratie hatte sich das kulturpolitisch reaktionäre Zentrum mit einem Erfolg durchzusetzen vermocht, der selbst von Zentrumspolitikern nicht erwartet worden war. Die Weltlichkeit des Schulwesens war verschenkt worden, ebenso die Zuständigkeit des Reiches für mehr als nur eine Rahmengesetzgebung.«⁴⁴

Ob dieses in der Absicht der Sozialdemokratie oder in mangelnder Durchsetzungskraft begründet gewesen ist, oder ob gar die Weimarer Demokratie nicht in Gefahr gebracht werden sollte, eine Niederlage war es für die SPD, zumindest unter Berücksichtigung ihres Programms, allemal. Edith Barow-Bernstorff (DDR) deklariert Heinrich Schulz sogar als »Verräter an den schulpolitischen Zielen seiner eigenen Partei«⁴⁵.

Wer glaubte, daß die Sozialdemokratie mit den Ergebnissen und ihrem Zustandekommen auch ihre Grundsätze überdachte, sah sich getäuscht.

Auf dem Heidelberger Parteitag 1925 konkretisierte die SPD ihre Forderungen zur Kultur- und Schulpolitik, zu deren Durchsetzung sie 1920 so wenig getan hatte:

»Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Aufhebung des Bildungsprivilegs der Besitzenden. Erziehung, Schulung und Forschung sind öffentliche Angelegenheiten; ihre Durchführung ist durch öffentliche Mittel und Einrichtungen sicherzustellen. [...] Die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung, Bildung und Forschung sind weltlich. Jede öffentlich-rechtliche Einflußnahme von Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf diese Einrichtung ist zu bekämpfen. Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Schule und Kirche, weltliche Volks-, Berufs- und Hochschulen.«⁴⁶ [Hervorhebung d. Verf.]

Für den Kindergarten war dieser *Kampf* der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik bereits 1922 mit dem RJWG beendet.

3.2. Die Haltung der Arbeiterwohlfahrt zur Eigengründung von Einrichtungen

Im vorangehenden Kapitel wurde bereits erwähnt, daß die Arbeiterwohlfahrt die Einrichtung von Kindergärten und -horten als Aufgabe der Gemeinde bzw. des Staates ansah. Dennoch bestand die Bereitschaft, eigene Einrichtungen zu schaffen. Gottlob Binder schreibt dazu in seinem Buch »Die Arbeiterwohlfahrtspflege, ihre Entwicklung, Motive und Ziele«:

»Grundsatz [der Arbeiterwohlfahrt] ist allerdings, eigene Einrichtungen nur dort zu schaffen, wo eine fühlbare Lücke ist, die auch durch die öffentliche Wohlfahrtspflege nicht ausgefüllt wird.«⁴⁷

Damit stand man dem Grundgedanken des Subsidiaritätsprinzips (wie es im RJWG gedanklich verankert war) ablehnend gegenüber.

Dennoch wurden auch Eigengründungen innerhalb des Verbandes durchaus kontrovers diskutiert. So gab es, und ich beziehe mich hier vornehmlich auf Hans Wingerder, der in der vom Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt herausgegebenen Schrift »Die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt auf dem Gebiet des Anstaltswesens« die Errichtung eigener Einrichtungen diskutierte, im wesentlichen zwei Richtungen. Die eine, die forderte, »daß die Arbeiterwohlfahrt davon Abstand nehme, eigene Anstalten zu errichten«⁴⁸. Der richtige Weg sei, in Parlamenten und Gemeindevertretungen über die Partei Einfluß geltend zu machen und dafür zu sorgen, »daß die Behörden auf diesem Gebiete ihre Schuldigkeit tun und das Bedürfnis befriedigen«⁴⁹.

Die andere Gruppe befürwortete ebenfalls die Priorität von Gründungen durch Staat und Gemeinden.

Sie forderten aber trotz dieses Grundsatzes dazu auf, Eigengründungen zu beschleunigen.

Das RJWG habe privaten Trägern eine Priorität eingeräumt, welche durch die konfessionellen Träger ausgenutzt würde. Diese erhielten aber bei Einrichtung und bei der Durchführung des laufenden Betriebes erhebliche Zuschüsse durch die Öffentlichkeit, welche, wenn der Verband dazu bereit sei, auch von der Arbeiterwohlfahrt in Anspruch genommen werden könnten und sich somit ein finanzielles Machtpotential aufbauen ließe. Außerdem würde die Abhängigkeit der Gemeinden von konfessionellen Trägern durch Anstaltsgründungen der Arbeiterwohlfahrt erleichtert:

»Solange die Arbeiter nicht genügend politische Macht haben, werden sie die privaten Anstalten nicht in Gemeinbesitz überführen können. Eigener Besitz erleichtert der Arbeiterwohlfahrt jedoch die Verwirklichung dieser Ideale. Wenn wir z. B. eine so große Zahl von Anstalten besäßen, wie Caritas und Innere Mission, so würden die Gemeinden, Kreise und Provinzen viel weniger von den konfessionellen Organisationen abhängig sein.«⁵⁰ Positiv ausgedrückt, »Anstalten der Arbeiterwohlfahrt als Rückstärkung der Behörden sind denkbar.«⁵¹

Für die Bejahung von Eigengründungen sprach auch noch ein erzieherischer Aspekt; so sahen einige Sozialdemokraten eine Gefahr darin, bestimmte Berufszweige nur durch konfessionelle Anstalten ausbilden zu lassen:

»Machen nicht viele Krankenpflegerinnen, Kindergärtnerinnen, Hortnerinnen usw. in den Privatanstalten Kurse und

praktische Ausbildungsarbeiten? Sie alle bleiben in Verbindung mit der Anstalt, nehmen den Anstaltsgeist mit in ihre Praxis und sind später Kämpfer für Weltanschauung und politische Ziele der Ausgangsrichtung.«⁵²

So war ein Großteil der Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt doch dafür, im Notfall eigene Einrichtungen zu gründen. Jedoch gab es neben der prinzipiellen Kritik auch noch eine Kritik finanzieller Art:

»Eigene Einrichtungen in größerem Umfange zu gründen, verbietet schon der Mangel an laufenden Mitteln zur Gründung und Erhaltung derselben.«⁵³

Der Trend ging allerdings dahin, in den Ortsausschüssen der Arbeiterwohlfahrt auch Einrichtungen zu eröffnen. Dieses wurde auch vom Vorstand geduldet bzw. gern gesehen, denn auch Marie Juchacz war nie damit einverstanden, daß die Arbeiterwohlfahrt auf eigene Einrichtungen verzichten sollte.⁵⁴ Verbindlich sollte aber die Vorbildlichkeit der AW-Einrichtungen sein. Dazu Hans Wingender:

»So muß es unser Bestreben sein, *mustergültige* Anstalten zu schaffen . . . und den Betrieb so zu gestalten, daß unsere Gegner keinen Anlaß finden, uns vorzuwerfen, daß wir anders handeln als reden. Von vornherein müssen wir darauf verzichten, primitive Einrichtungen zu schaffen. Es ist besser, solange zu warten, bis man etwas Gutes erstellen kann, als durch behelfsmäßiges Beginnen die Kritik der Öffentlichkeit berechtigt herauszufordern.«⁵⁵

Ob und wie weit dieser Anspruch erfüllt wurde, ist mir nicht möglich nachzuweisen. Daß es zu dem damaligen Zeitpunkt mustergültige Anstalten der AW gegeben hat, ist dagegen durch den Immenhof und das Hedwig-Frank-Heim zu bestätigen.⁵⁶

3.3. Die Zusammenarbeit mit den Kinderfreunden

Am 13. November 1923 konstituierte sich die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Ihr gehörte neben dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der Arbeitsgemeinschaft der Berliner Kinderfreunde, dem Verband sozialistischer Lehrer, dem Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Zentrale der Arbeiterjugend, dem Zentralbildungssekretariat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auch der Hauptausschuß der Arbeiterwohlfahrt an. Diese Organisation, die sich zum Ziele setzte, im Geiste sozialistischer Gesinnung zu erziehen, sah als eine ihrer Aufgaben die »Einwirkung auf den Ausbau aller staatlichen und kommunalen Kindererziehungseinrichtungen und Nutzbarmachung der öffentlichen Mittel für diesen Zweck«.⁵⁷

Gleichzeitig sollten aber auch eigene Einrichtungen gegründet werden. Da sich viele Ziele der Kinderfreunde, die ihren Ursprung in der österreichischen Sozialdemokratie hatten, mit denen der Arbeiterwohlfahrt deckten, war eine Arbeitsteilung notwendig. Dabei sollte die Organisation erzieherischer Veranstaltungen bei den Kinderfreunden liegen:

»Die Arbeiterwohlfahrt übernahm alle Aufgaben, die ganz überwiegend fürsorglicher Natur sind: Fürsorge für Mütter und Säuglinge (z. B. Ausgabe von Stärkungsmitteln, Verlei-

hung von Säuglingskörben), die Förderung der Kleinkinderfürsorge, die Einrichtung von Krippen und ähnliches«.⁵⁸

Ferienverschickungen, Kindergärten und -horte sah man sowohl dem erzieherischen als auch dem fürsorglichen Bereich zugehörig, so daß dieser Teil der Aufgabe durch Kinderfreunde und Arbeiterwohlfahrt abgedeckt wurde, was zur Folge hatte, daß sich *Kindergärten und -horte der Sozialdemokratischen Bewegung in unterschiedlicher Trägerschaft befanden*.

Die Zielsetzungen der Kinderfreunde wurden von konfessioneller Seite vielfach kritisiert. Zum Beispiel sah der Franziskaner-Pater Zyrill Fischer die Erziehungsmethoden der Kinderfreunde als klassenkämpferischen Ausdruck:

»Letztes Ziel sozialistischer Erziehung ist der diesseitsgebundene Kollektiv- oder Genossenschaftsmensch in der klassenlosen Gesellschaft (. . .) Wir müssen aber dabei immer festhalten, daß die Sozialdemokraten und die Kinderfreunde unter »Gemeinschaft« immer nur die *Partei*, das *Proletariat*, die *Klassengemeinschaft* verstehen. Es wird also eine Falschmünzung größter Art unter der Schutzmarke »Gemeinschaft« durchgeführt. Die Rechte, die man der Familie raubt, werden ganz widerrechtlich einem Parteimoloch geopfert.«⁵⁹

Daß die Kinderfreunde ein anderes Bild des Kindes als das eines Klassenkämpfers hatten, machte Kurt Kerlow-Löwenstein, Vorsitzender der deutschen Kinderfreunde, deutlich:

»Wir Sozialisten dürfen auf keinen Fall vergessen, daß Kinder keine Klassenkämpfer sind, sondern erst einmal werden sollen [Hervorhebung d. Verf.], daß aller politische und wirtschaftliche Kampf nur ein Kampf der Erwachsenen ist, und daß es pädagogisch ebenso sündhaft wie politisch unklug ist, Kinder in diesen Kampf hineinziehen zu wollen. Es muß das ausdrücklich und mit aller Schärfe betont werden, damit unsere Genossen nicht in denselben Fehler verfallen, in den sich die kommunistische Schulpolitik leider verstrickt hat.«⁶⁰

Löwenstein sagte, daß die Kinder erst einmal Klassenkämpfer werden sollten. Die Kinderrepubliken, die von den Kinderfreunden durchgeführt wurden, ließen allerdings keinen Zweifel daran, daß sie diesem Ziel dienen sollten. Um darzustellen, daß durchaus ein Zusammenleben im Sinne sozialistischen Kollektivismus, wie ihn z. B. Makarenko in seinen Ausführungen über die Kinderkolonie Gorki beschrieb, eingeübt werden sollte, möchte ich einige Quellen unkommentiert zitieren:

»Die schwarztrotgoldene und die rote Fahne wehten über dem Lager. In der Mitte befand sich das Zelt des Lagerpräsidenten, Gen. Löwenstein. Um dieses Zelt herum waren ein paar Zelte mit den ausländischen Kindern und ein paar Kindern aus einer jeden anwesenden Ortsgruppe gruppiert, das »Internationale Dorf«.⁶¹

»Jedes Dorf hatte ein Rathaus. Dort herrschte der Leiter der Dorfgruppe, der Bürgermeister, und dort waren auch – um das Innere dieses Zeltes herum ging eine Bank – die Sitzungen des Dorfparlamentes.«⁶²

»Im Lagerparlament wurden die Lagerangelegenheiten besprochen. (. . .) Auch wurden Fragen der Erziehung hier beraten.«⁶³

»Nachdem der Festplatz erreicht war, kamen die einzelnen Kindergruppen singend aus ihren Dörfern gezogen. Jeder Gruppe voraus gingen die Fahnenträger mit roten Fahnen. »Brüder, zur Sonne, zur Freiheit« sangen die einen, die anderen . . . »Dem Morgenrot entgegen«.⁶⁴

»Über den reinen *Erholungszweck* hinaus sollen die Kinderrepubliken mit dazu beitragen, die Kinder der Arbeiterschaft in *Gesinnung* und *Tat* den großen Ideen, deren Träger die Arbeiterbewegung ist, näherzubringen. Diese Aufgabe haben die Zeltlager auch in diesem Jahre in hervorragendem Maße erfüllt.«⁶⁵

»Wichtig wirkten die Worte Kurt Löwensteins auf die Falken⁶⁶ ein, scharf trat jedem das Proletarierlos vor Augen, doch wie reckten sich die jungen Körper beim Gesang der Internationale, die für sie gleichsam einen Schwur bedeutete und ihre künftige Arbeit ahnen ließ.«⁶⁷

»Das wertvollste ist die durch das Zeltlager verstärkte gefühlsmäßige Bindung der Falken zur Kinderfreundebewegung und die erreichte Förderung der internationalen Verbundenheit der Sozialisten. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Arbeiterwohlfahrt und Kinderfreunden wird die beiderseitige Leistungsfähigkeit steigern, für weit größere Kreise unserer proletarischen Jugend eröffnet sich dann die Möglichkeit, sich einzugliedern in die Reihen, die mit zukunftsfroher Gläubigkeit singen: »Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt.«⁶⁸

Ich habe diese Quellen so ausführlich zitiert, da sie deutlich machen, daß die Kinderfreundebewegung zum Ziel hatte, »sozialistische Gesinnung« zu verbreiten, und daß auch damit klar wird, daß auch in der Arbeiterwohlfahrt diese Gesinnung durchaus vorhanden war. Die Mitarbeit der Arbeiterwohlfahrt darf in keinem Fall unterschätzt

werden, jedoch gab es natürlich auch Differenzen, die aber nur zwischen den Zeilen der Quellen zu erkennen sind:

»Die Organisation der Arbeiter-Wohlfahrt hat am Gelingen vieler Lager tätig mitgeholfen. [. . .] Es hat sich überall dort, wo der Erziehungsarbeit der Kinderfreunde Verständnis entgegen gebracht wird [und daraus läßt sich schließen, daß dies nicht überall der Fall gewesen ist], gezeigt, daß ein gutes und erfolgreiches Zusammenarbeiten zwischen Kinderfreunden und Arbeiterwohlfahrt möglich ist.«⁶⁹ [Hervorhebung d. Verf.]

Trotz dieser Unstimmigkeiten nahm die Arbeiterwohlfahrt an den Kinderrepubliken immer aktiv teil. Heinrich Eppe schreibt dazu:

»Die Arbeiterwohlfahrt hatte hervorragenden Anteil am Aufstieg der Kinderfreunde Deutschlands zur größten und aktivsten Kinderorganisation der Weimarer Zeit.«⁷⁰

Trotz der Einschränkung K. Löwensteins bezüglich der Erziehung von Klassenkämpfern erinnerten die Methoden, mit denen in den Kinderrepubliken erzogen wurde, eher an die Vorstellungen planbarer Erziehung, wie sie z. B. Zetkin und Duncker verstanden haben.

Damit wird die Behauptung Struwes, der Bruch des Proletariats verlaufe nicht zwischen KPD und SPD, sondern mitten durch die SPD, zumindest für Erziehungsfragen haltbar⁷¹.

4. Die Arbeiterwohlfahrt von 1926 – 1933

Auch nach 1925 liegen von seiten der Arbeiterwohlfahrt kaum Quellen zum Kindergartenbereich vor. Um das Bild der Elementarerziehung bei der AW deutlicher zu gestalten, mußte man anhand von Quellen, die Kindergarten Gründungen ausweisen, in den Orts- und Bezirksausschüssen (heute Orts-, Kreis- und Bezirksverbände) nach Material suchen und prüfen, ob ein einheitliches Erziehungskonzept vorgelegen hat. Ich bezweifle allerdings, nachdem ich einige Anfragen gestellt habe, daß sich noch wesentliches Material, vor allem konzeptionelles, finden läßt. Ich will also versuchen, mit dem wenigen mir zur Verfügung stehenden Material ein puzzlehaftes, zwangsweise unvollständiges Bild der Arbeiterwohlfahrt und ihrer Vorstellungen von Erziehung sowie eine kurze Datenübersicht zu geben.

Dabei greife ich auch auf Quellen zurück, die nicht den Kindergarten betreffen, wie zum Beispiel Berichte über Hortgründungen. Ich bin mir der Tatsache bewußt, daß der Kindergarten andere Probleme aufweist, dennoch glaube ich, daß gewisse Erziehungsprinzipien nicht an Institutionen, sondern an eine Theoriebildung gekoppelt sind, die ihrerseits auf die Pädagogik im Kindergarten übertragbar ist.

4.1. Veränderungen und Tendenzen in der Arbeiterwohlfahrt

Die Jahre zwischen 1926 und 1929 sind durchaus als »Jahre des Aufstiegs«⁷² der Arbeiterwohlfahrt anzusehen. Dieses machte sich nicht nur an den steigenden Mit-

gliederzahlen, sondern auch an teilweise veränderten Organisationsstrukturen fest. Um differenzierten Problemen besser begegnen zu können, richtete die Arbeiterwohlfahrt 1926 10 Fachkommissionen ein, unter diesen auch »Jugendwohlfahrtspflege« und »Kindererholungsfürsorge«. Neben diesen Fachkommissionen gab die Arbeiterwohlfahrt eine zweimal monatlich erscheinende Zeitschrift »Arbeiterwohlfahrt« heraus, deren Auflage sehr schnell von 10000 auf 16000 stieg.

Erweiternd zu diesen mehr strukturellen Veränderungen arbeitete die Arbeiterwohlfahrt sehr stark an dem Ausbau ihrer Kindererholungsfürsorge sowie an dem Aufbau von Ausbildungsstätten für pflegerische Berufe. So

wurde 1927 der Immenhof errichtet, der neben der Unterbringung von 40 schwererziehbaren Mädchen eine Station für Kleinkinder besaß, in der junge Mädchen Kinderpflege lernen sollten. 1928 errichtete der Hauptausschuß der Arbeiterwohlfahrt eine eigene Wohlfahrtschule in Berlin.

Überhaupt war es so, daß der Schwerpunkt der Arbeiterwohlfahrt, gemäß ihren eigenen Richtlinien, mehr bei der Aus- und Fortbildung von Wohlfahrtspflegerinnen und in der Durchführung von Ferienmaßnahmen bzw. Kindererholungsfürsorge lag, als in der Errichtung eigener Einrichtungen. Und selbst bei den Ausbildungen stand der Kindergarten bei der Arbeiterwohlfahrt zahlenmäßig hinten an, wie folgende Tabellen⁷³ beweisen:

Übersicht über die Ausbildung von Schülern und SchülerInnen

Durch unsere Vermittlung und durch Gewährung von Studiendarlehen in:

Jahr	eigenen und angeschlossenen	Kranken häuser	fremden Wohlfahrtschulen	eigener Wohlfahrtschule	insgesamt Schüler	Studien-darlehen erhielten	Kinderg. u. Horte, Seminare	sonstigen Berufen
1928	57	32	83	41	193	9	13	17
1929	58	62	36	103	259	43	18	8
1930	78	88	39	141	346	68	15	2

Von den 78 Schülerinnen, die 1930 in unseren Heimen vorgebildet wurden, sind vermittelt worden in:

Krankenhäuser	Kindergärtnerinnen u. Hortnerinnen Seminare	Wirtschaftsbetriebe	Wohlfahrtschule	vorzeitig ausgeschieden	In Heimen befinden sich noch
20	5	2	11	16	34

So spielte der Kindergarten bei der AW nicht die große Rolle wie bei anderen Trägern. Dieses lag sicherlich sowohl an der finanziellen Lage der AW als auch daran, daß sie Kindergärten immer noch für eine Sache der Gemeinde hielt.

4.2. Die Kindergärten der Arbeiterwohlfahrt

Während über die anderen Träger von Kindergärten sehr genaue Zahlen über Einrichtungen und zur Verfügung stehende Plätze existieren, sind über die Arbeiterwohlfahrt keine genauen Zahlen bekannt. Julie Ermler erwähnt in ihrem Buch »Der Kindergarten – Kindergärtnerin, Hortnerin, Jugendleiterin« 3 Krippen (225) [108], 10 Kindergärten (5417) [1865], 15 Kinderhorte (853)⁷⁴ der AW für das Jahr 1933, aber noch vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Im übrigen gibt auch Julie Ermler 1933 schon an, daß entgegen der relativ vollständigen Angaben anderer Träger von der Arbeiterwohlfahrt keine ausführlichen Daten vorlagen.

Die Arbeiterwohlfahrt gibt selbst 1930⁷⁵ in ihrem Jahrbuch diese Zahlen an (s. Seite 19).

Ein Indiz für den zahlenmäßig geringen Ausbau von Einrichtungen ist die Zuweisung öffentlicher Mittel, die nach einem für die Arbeiterwohlfahrt ungünstigen Schlüssel errechnet wurden.

Das Reichsministerium verteilte, unabhängig davon, wie Wohlfahrtsarbeit geleistet wurde, die Reichsmittel nach der Anzahl der Betten, über welche die Wohlfahrtsverbände in ihren Heimen und Einrichtungen verfügten⁷⁶.

Da der Hauptausschuß nur über sehr wenige Einrichtungen verfügte, fielen die Zuschüsse insgesamt sehr niedrig aus. Finanziell konnte sich die Arbeiterwohlfahrt mit den beiden großen konfessionellen Wohlfahrtsverbänden nicht messen. 1926 schreibt die Arbeiterwohlfahrt in ihrem Organ:

»Die Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt werden nicht ohne einen gewissen Neid erfahren, mit wieviel reicheren Mitteln die Caritas ihren Anhängern bei der Ausbildung zu helfen vermag, als ihre proletarische Organisation, die nur sehr selten die Gunst der Behörden erfährt.«⁷⁷

Sieht man die den Elementarbereich betreffende Zahl von 55 Einrichtungen auf Reichsebene und erkennt man, daß in dieser Zahl noch Horte enthalten sind, so ist es

verständlich, daß nur wenig Konzeptionelles zum Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt vorliegt.

Ähnlich der Äußerungen der Gründer der Sozialdemokratie in den 60er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts mußte sich auch die Arbeiterwohlfahrt in der Weimarer Republik häufig auf die Kritik bestehender bzw. mangelnder Einrichtungen beschränken. Kritik gehörte aber zum wesentlichen Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit der AW, mit der man hoffte, auch kommunale Probleme zu lösen.

So kritisierte die Arbeiterwohlfahrt mehrfach das Fehlen von Kindergärten in öffentlicher Trägerschaft.

Den konfessionellen Kindergärten stand man nach wie vor ablehnend gegenüber:

»... aus einer Statistik des Landesjugendamtes Berlin aus den letzten Jahren konnte man ersehen, daß 66 Proz. aller Kindergärten in Berlin konfessionell sind und nur knapp 8 Proz. gemeindlich. Und dies im »roten Berlin! In ausgesprochenen Arbeitervierteln müssen etwa 95 Proz. der in Kindergärten untergebrachten Kleinkinder konfessionelle Anstalten besuchen, wenn die Eltern sie dem häuslichen Elend, der körperlichen und geistigen Verwahrlosung entziehen wollen.«⁷⁸

AW-Jahrbuch 1930

Einrichtungen

Bezirke	Kindergarten o. Hort – Tagesheim
Ostpreußen	1
Pommern	–
Brandenburg	2
Berlin	1
Nieder-Schlesien	1
Mittel-Schlesien	7
Oberschlesien	3
Prov. Sachsen	–
Sachsen-Anhalt	2
Mecklenburg	1
Schleswig-Holstein	4 (13)
Hamburg	11 (–)
Hannover	1
Braunschweig	2
Thüringen	2
Freistaat Sachsen	–
Hessen	1
O-Westfalen	–
Oldenburg	–
W-Westfalen	2
Niederrhein	4
Oberrhein	2
Sargebiet	–
Pfalz	1
Baden	4
Württemberg	2
Bayern	1
	55

Zu der ablehnenden Haltung gegenüber konfessionellen Kindergärten kam die Kritik der Standortwahl:

»Da die Kinderheime meistens sehr weit ab von der elterlichen Wohnung liegen, gehen die Mütter ja nur im äußersten Notfall diese weiten Wege. Man erkennt also hieraus, daß der Kindergarten nur dann eine wirtschaftliche Hilfe für die Proletariermütter bedeutet, wenn er in Bezug auf Lage und Offenhaltung den Bedürfnissen des arbeitenden Volkes entspricht«⁷⁹ (s. auch Kapitel 9).

Gerade diese Forderung nach lokaler Annäherung von Wohnung und Kindergarten verlor durch die politische Entwicklung an Bedeutung. Die Folgen des Zusammenbruchs der New Yorker Börse und die darauf folgende Weltwirtschaftskrise machten sich auch volkswirtschaftlich bemerkbar. In Staat, Land und Kommunen herrschte Finanznot, und die

»nicht auf Gesetz beruhenden Leistungen bisher fortschrittlicher Kommunen, wie Schulgesundheits- und Schulzahnpflege, Kinderspeisungen, Kinderkrippen, Kindergärten und -horte, Kindererholungsfürsorge... wurden eingeschränkt oder ganz aufgegeben«⁸⁰, was zu Schließungen von Kindergärten und so häufig zu einer Verschlechterung des Wohnumfeldes führte.

Rapide steigende Arbeitslosigkeit, 1929 waren etwa 2 Millionen, 1932 schon über 6 Millionen Menschen erwerbslos, ließen den sozialen Notstand schnell ansteigen. Trotz der knapperen Mittel versuchte die AW, *ihre Arbeit* zu intensivieren.

Dieses zeigte sich zum Beispiel durch Veränderung der Öffnungszeiten:

»Infolge der immer schlechter werdenden Wirtschaftslage der Eltern, mußten wir feststellen, daß der körperliche und geistige Befund der Kinder immer trauriger wurde. Um Abhilfe zu schaffen, wurde Ganztagsbetrieb von früh 8 Uhr bis 16 Uhr nachmittags eingerichtet.«⁸¹

Somit wurde sichergestellt, daß die Kinder einmal am Tag eine warme Mahlzeit erhielten.

Ein anderer Weg, auf die Notsituation zu reagieren, war die Nutzbarmachung von Kindergärten und Kindertagesstätten für örtliche Erholungsfürsorge. 1930 erfaßte die Arbeiterwohlfahrt mit ihren Erholungsfürsorgemaßnahmen 127000 Kinder.

Auf kommunalpolitischer Ebene forderte die Arbeiterwohlfahrt, Kinder von Erwerbslosen bei der Aufnahme in den Kindergarten zu bevorzugen.

Insgesamt kann gesagt werden, daß, bedingt durch das Elend der Nachkriegsjahre und durch die Wirtschaftskrise, die Arbeiterwohlfahrt gezwungen war zu reagieren. Präventives Handeln war zu dieser Zeit kaum möglich.

So existiert auch nur ein, aus mehreren Quellen zusammengesuchter, Grundkanon von Forderungen, wie:

1. Der Kindergarten soll »Körperpflege, Sinnesbildung und Entwicklung der Verstandeskkräfte gleichermaßen«⁸² fördern.
2. Der Kindergarten sollte obligatorisch sein.
3. Gemeinsame Erziehung von Jungen und Mädchen.
4. Einbeziehung der Eltern⁸³.

Diese Forderungen, die bereits auch vor Gründung der Arbeiterwohlfahrt bestanden haben (vgl. Schulz, Douai,

Zetkin), lassen keine Rückschlüsse auf ein methodisches Konzept zu. Trägt man unterschiedliche Quellen, die über Erziehung Aufschluß geben, zusammen, so erkennt man, daß innerhalb der Arbeiterwohlfahrt verschiedene Methoden genutzt wurden.

4.2.1. Methoden der Erziehung bei der Arbeiterwohlfahrt

So wurde zum Beispiel in einem Kindergarten im Kreis Waldenburg eine auf dem Gebiet des Montessorisystems fachlich ausgebildete Leiterin eingestellt⁸⁴. In einem Hort in Köln dagegen wurde zur sozialistischen Gesinnung erzogen. Die Quelle, die mir dazu vorliegt, zitiere ich hier, da sie im Text selbst als grundsätzliche Stellungnahme zur Erziehung bezeichnet wird. Es ist mir leider nicht möglich nachzuweisen, wieviele Kindergärten und -horte in der folgenden Weise arbeiteten, aber allein die Tatsache, daß die Leiterin des genannten Kinderhortes, Dr. Susanne Hirschberg, ab Herbst 1929 Leiterin der Wohlfahrtsschule der Arbeiterwohlfahrt gewesen ist, drückt den Stellenwert dieser Arbeit aus.

Was bedeutet nun obengenannte Erziehung zur sozialistischen Gesinnung?

Die Leiterin des Kölner Kinderhortes ging davon aus, »daß jede Erziehung ein Machtmittel in den Händen der jeweils herrschenden Klasse«⁸⁵ sei, im kapitalistischen System könne »das Erziehungsziel aller der von der proletarischen Bewegung begründeten und getragenen Erziehungseinrichtungen«⁸⁶ [Hervorhebung d. Verf.] nie anders lauten als: *Erziehung zum Sozialismus.*⁸⁷

Bei ihren Ausführungen folgte S. Hirschberg dem Gedankengang des Buches »Neue Menschen« des österreichischen Sozialdemokraten Max Adler.

So hielt sie die von Adler geforderte

»geistige, intellektuelle und willensmäßige Loslösung aus der alten bürgerlichen Welt, Überwindung der Ideologie des Privateigentums und des Klassenstaats, Einbürgerung in eine neue Rechts- und Gesellschaftsauffassung, die nicht mehr auf das Privatinteresse, sondern auf das Solidaritätsinteresse gegründet«⁸⁸

sei, für die proletarische Erziehung als allgemein bedeutend. Dabei wurde darauf bestanden, das althergebrachte Erziehungsideal neutraler Erziehung, die es nach Max Adler gebe, durch Erziehung zu ersetzen, die Stellung beziehe.

Susanne Hirschberg schrieb dazu:

»Will Erziehung aber nicht Mittel der Reaktion, sondern Förderin der Zukunftsentwicklung sein, so muß sie Partei ergreifen, muß sich in den Dienst der Bewegung stellen, die den zukünftig möglich besseren Zustand der menschlichen Gesellschaft erstrebt, muß sie als neuer Bundesgenosse in die Reihe der darum kämpfenden Sozialisten eintreten.«⁸⁹

Wie bereits in der Überschrift des Aufsatzes »Ein Versuch mit neuer Erziehung« deutlich wird, sollte sich der Hort der Arbeiterwohlfahrt von anderen unterscheiden.

Das wurde einmal durch die Zusammensetzung der Kinder gewährleistet, zum anderen durch alternative Methoden. In dem genannten Hort wurden zu einem Drittel Kinder aufgenommen, die in Wohnvierteln wohnten, welche durch Prostitution bekannt waren, ein weiterer Anteil wurde dem Hort aus der Jugendwohlfahrtstätig-

keit der Arbeiterwohlfahrt zugewiesen. Hier handelte es sich hauptsächlich um Kinder, denen Fürsorgeerziehung drohte.

Pädagogisch wurde darauf geachtet, daß die Kinder soweit wie möglich ihren Tagesablauf selbst organisieren konnten. So durften sie selbst kochen, oder sie kontrollierten sich gegenseitig bei den Schulaufgaben. Auch die Ämter (Kochen, Aufräumen, Tischdecken) wurden in einer Gruppenversammlung vergeben. Erledigte jemand das ihm anvertraute Amt nicht gewissenhaft genug, konnte ihm dieses durch die Gruppe entzogen werden. Ein großes Ziel war es, einen »Zustand relativer Gewaltlosigkeit, d. h. der größtmöglichen Ausschaltung allen Zwanges«⁹⁰ zu schaffen. Sollten dennoch Schwierigkeiten auftreten, hatten die Kinder die Möglichkeit, Strafen festzulegen, wie zum Beispiel »nicht mitspielen, allein Kakao trinken, nach Hause gehen, in schwersten Fällen auch mehrere Tage »Ferien«⁹¹, körperliche Strafen waren untersagt.

Lernprozesse sollten in Köln durch die Einsicht in die Dialektik der gesellschaftlichen Verhältnisse gefördert werden:

»Wenn wir unsere Kinder durch die gesunden, breiten Straßen der vornehmen Viertel führen, mit ihnen die Pracht blühender Gärten bewundern, wollen wir sie verlangen machen nach all der Schönheit – nicht »verdammte bedürfnislose Proletarier« sollen sie bleiben, sondern zu »begehrenden Menschen« sollen sie werden.«⁹²

In diesem Sinne war auch »das Bewußtmachen aller Unterdrückung und Ungerechtigkeit«⁹³ als ein sehr wichtiges Mittel der Erziehung zu verstehen.

Die Form der Einbeziehung der Klassegegensätze in die Vorschulerziehung bzw. in die Erziehung überhaupt wurde von den meisten Sozialdemokraten abgelehnt und sind eigentlich Fortsetzungen ehemaliger Vorstellungen in der Sozialdemokratie, wie sie Clara Zetkin und Käthe Duncker vertreten hatten und wie sie später von kommunistischen Pädagogen wie Nadeshda Konstantinowna Krupskaja, Edwin Hoernle oder Theodor Neubauer fortgeführt wurden. Auch hier wird deutlich, wie es schon im Zusammenhang mit den Kinderfreunden erwähnt wurde, daß die Spaltung der Partei nach 1917 noch nicht von allen Mitgliedern vollzogen war.

Um die von der Arbeiterwohlfahrt praktizierten Methoden zumindest nach Quellenlage zu vervollständigen, sei an dieser Stelle auf das Lehrbuch der Wohlfahrtspflege, welches »die soziale Schulungs- und Fortbildungsarbeit unterstützen sollte, an deren Kursen 1927 28 000 Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt teilnahmen«⁹⁴, hingewiesen. In diesem Buch, dessen Redaktion Hedwig Wachenheim leitete, die von sich selbst sagte, daß sie »immer auf der Rechten der Partei gestanden«⁹⁵ habe und eine der führenden Persönlichkeiten in der Arbeiterwohlfahrt war, wurde über den Kindergarten gesagt, daß »die Entfaltung der kindlichen Anlagen im Kindergarten . . . nach den Grundsätzen seines Begründers, Friedrich Fröbel«⁹⁶, zu erfolgen habe.

Dieses Bekenntnis zur Pädagogik Fröbels ist deshalb so bedeutend, weil im Gegensatz zu den anderen Quellen, die sämtlich Aufsätze von Einzelpersonen gewesen sind, das Lehrbuch den Charakter einer offiziellen Stellung-

nahme des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt hat. Von einer planmäßigen Erziehung im Sinne Max Adlers wird in dem Lehrbuch nichts erwähnt.

Der Bezug zu Fröbel bestand aber innerhalb der AW bereits vor der Veröffentlichung des Lehrbuches. Im Geschäftsbericht des Hauptausschusses der Arbeiterwohlfahrt von 1926 wurde ein Kindergarten der AW ausgewiesen, der »gleichzeitig eine Übungsstätte für die Schülerinnen des städtischen Fröbelseminars und der Kinderpflegerinnenschule«⁹⁷ war.

4.3. Zusammenfassung

Betrachtet man Kindergärten, Horte und Kinderrepubliken einmal zusammen, so wird deutlich, daß bei der Arbeiterwohlfahrt kein einheitliches Konzept von Erziehung vorhanden gewesen ist. Von Vorstellungen der Fröbelschen Pädagogik, der Methodik Maria Montessoris bis zur Gemeinschaftserziehung der Kinderrepubliken oder der sozialistischen Erziehung des Kölner Kinderhortes liegen ideologische Welten. Sie alle wurden in der Arbeiterwohlfahrt geduldet, wohl nicht zuletzt deshalb, weil man die Autonomie der Ortsausschüsse (1933 waren es etwa 2600) nicht beschneiden wollte.

Betrachtet man die Reichtagsarbeit der SPD und die Wohlfahrtsarbeit der AW, so kann aber kaum glaubhaft sein, daß die Zukunft im erzieherischen Bereich in der Erziehung zum Sozialismus liegen sollte. Dafür arbeitete die AW zu innovativ. Die Vertreter der sozialistischen

Erziehung können nach meiner Auffassung als »Überreste« der Vorkriegslinken innerhalb der Sozialdemokratie bezeichnet werden.

Der Hauptausschuß selbst hatte zu starke wohlfahrts-pflegerische Dienste geleistet, als daß er noch »Klassenkampf« hätte führen wollen.

Die Äußerungen der Führungsspitze der AW (M. Juchacz, H. Wachenheim) machen deutlich, daß der Weg der Reform für die SPD und die Arbeiterwohlfahrt der einzig mögliche war. Dieses mußte auch langfristig bedeuten, daß für Kindererziehung, wie im Kölner Hort, auf Dauer kein Platz mehr sein würde. Der Schulpolitiker Heinrich Schulz, der schon vor dem Krieg die Fröbelschen Kindergärten favorisierte, stand symbolisch für diese Richtung.

Insgesamt war die Arbeiterwohlfahrt mehr ein Verband geworden, der versuchte, die Wohlfahrtspflege zu demokratisieren, als ein Verband, wie er sich in der Weimarer Zeit häufig gern darstellte, der für den Sozialismus kämpfte. Die Arbeiterwohlfahrt hatte sich mit dem kapitalistischen Staat arrangiert. Für die Arbeiterwohlfahrt charakterisierend halte ich folgenden Satz von Max Adler:

»Überall dort nämlich, wo das *Interesse der augenblicklichen Verbesserung der Lebensverhältnisse* zum führenden und entscheidenden Gesichtspunkt für den Proletarier geworden ist, *hat der Geist des Sozialismus keine Stätte mehr.*«⁹⁸

(Hervorhebung des Autors)

5. Die Auflösung der Arbeiterwohlfahrt und ihre Bedeutung für die Einrichtungen

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler gewählt. Bereits am 23. März 1933 wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten das Ermächtigungsgesetz verabschiedet, welches Hitler die Verfolgung politisch Unliebsamer ermöglichte. Auch die Sozialdemokraten fielen unter diese Regelung. Die Arbeiterwohlfahrt bereitete bereits im Februar die Illegalität vor. Um Finanzen transferieren zu können, gründete man das deutsch-ausländische Jugendwerk, unter der Führung der international anerkannten Elsa Brandström, von der man glaubte, daß sie von den Nationalsozialisten nicht belangt werden könne. Am 12. Mai teilte der Beauftragte der Deutschen Arbeitsfront mit, daß die Arbeiterwohlfahrt

gesinnungsmäßig umgestellt werden und so ein nützliches Glied der nationalen Volksfront werden sollte, doch keiner der AW-Ortsausschüsse machte mit. Die Nationalsozialisten griffen ins Leere; die Arbeiterwohlfahrt existierte nicht mehr.

Die Auflösung der Arbeiterwohlfahrt hatte natürlich auch Folgen für die Einrichtungen. Im Gegensatz zu den konfessionellen und öffentlichen Trägern, die noch lange ihre Trägerschaft über die Kindergärten behielten (vgl. Grossmann, S. 71 ff.)⁹⁹, wurden die Kindergärten der Arbeiterwohlfahrt von der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt sofort übernommen.

Mit dieser Übernahme fand natürlich auch eine gesinnungsmäßige Umstellung der Kindergärten statt. Sozialistische Konzeptionen wurden verworfen.

»Jeglicher sozialistischer und demokratischer Ansatz in der Erziehung wurde unnachgiebig ausgerottet. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten setzte auch im Bereich der vorschulischen Erziehung eine Entwicklung ein, die schließlich zum Abbruch aller pädagogischen Experimente führte, die sich einer sozialistischen und/oder psychoanalytischen Konzeption verpflichtet fühlten.«¹⁰⁰

Die Entwicklungen machten sich auch innerhalb der Einrichtungen bemerkbar. Erzieherinnen, die sich einer Übernahme der nationalsozialistischen Ideologie entgegenstellten, bekamen massive Schwierigkeiten. Als Beispiel sollen die Briefe einer Erzieherin dienen.

»Die Arbeiterwohlfahrt heißt jetzt »NS-Volkswohlfahrt«...«

Die Auflösung des »Hamburger Ausschusses für soziale Fürsorge e. V.« im September 1933:

Im März 1933, also wenige Wochen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, versuchte die Hamburger Arbeiterwohlfahrt durch Satzungsänderung und Annahme des alten Namens »Hamburger Ausschuss für soziale Fürsorge e. V.« einer drohenden Auflösung zu begegnen. Das Büro wurde von der Großen Theaterstraße 44 in die Gerhofstraße 32 verlegt. Doch die Auflösung der Organisation sowie die Beschlagnahme der Einrichtungen und des Vermögens konnte dadurch langfristig nicht verhindert werden.

Dem Verein wurde im Laufe der nächsten Monate die Geschäftsführung von immer mehr Einrichtungen entzogen. Am 8. August 1933 sandte der Reichsminister des Innern an den Senat der Hansestadt ein Ersuchen, in dem dieser aufgefordert wurde, auf der Grundlage des »Gesetzes über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens« vom 14. Juli 1933, das gesamte Vermögen des »Hamburger Ausschusses für soziale Fürsorge e. V.« als Hilfsorganisation der SPD« einzuziehen und der »NS-Volkswohlfahrt« zuzuführen.

Genau einen Monat später faßte der Senat auf Antrag von Senator Allwörden, der Gauleiter der »NS-Volkswohlfahrt« war, einen entsprechenden Beschluß.* Bereits eine Woche später, am 14. September 1933 um 9 Uhr, besetzte die Staatspolizei auf Anordnung des Senats das Kontor des »Hamburger Ausschusses für soziale Fürsorge e. V.« Das verbliebene Vermögen in Höhe von 72 679,03 Mark, das zum größten Teil in Wertpapieren und Aktien angelegt war, wurde konfisziert. Am 29. September 1933 wurde der Verein endgültig aufgelöst. Alle im Besitz des »Hamburger Ausschusses für soziale Fürsorge e. V.« befindlichen Einrichtungen überführte der Senat in die »NS-Volkswohlfahrt«. Viele von den rund 70 Angestellten – Bürokräfte, Küchen- und Pflegepersonal, Kindergärtnerinnen, Jugendleiterinnen usw. – wurden spätestens jetzt entlassen (* ** s. S. 24).

Tagebuch der Kindergärtnerin Gertrud H.

Die folgenden *Auszüge aus dem Tagebuch der Kindergärtnerin Gertrud H.* zeigen, wie diese Entwicklung von einer langjährigen Mitarbeiterin der Arbeiterwohlfahrt erlebt wurde.

Gertrud H. wurde 1903 als Tochter eines Tischlers und einer Hausangestellten in Hamburg geboren. Ein Jahr später kam ihr Bruder Hans zur Welt. Die Eltern waren beide in jüngeren Jahren engagierte Sozialdemokraten. Bis 1922 wohnte die Familie in Barmbek, danach zog sie in ein Haus der Siedlung Berne, das

von der Genossenschaft »Gartenstadt Hamburg« erbaut worden war. Gertrud und Hans H. machten zunächst im 1911 gegründeten »Ausschuß zur Förderung der Jugendspiele« mit, später wurden sie Mitglied der SAJ. Hans H., der Tischler wurde, trat Mitte der 20er Jahre in die KPD ein. Seine Schwester stand der SPD nahe.

Nach der »Mittleren Reife« besuchte sie einen einjährigen Kurs für Kindergärtnerinnen der »Gewerbeschule für Mädchen in Hamburg« in der Brennerstraße, den sie im März 1922 abschloß. Erst drei Jahre später erhielt sie eine Anstellung in diesem Beruf, vorher arbeitete sie als Verkäuferin bei der Produktion.

Die Arbeiterwohlfahrt stellte sie im November 1925 als Leiterin des Hortes Horn ein, der wie alle anderen Kindertagesheime der AW dem »Ausschuß für Kinderanstalten e. V.« unterstellt war. Als dieser Hort in November 1927 von der Arbeiterwohlfahrt aufgegeben werden mußte, wurde ihr die Leitung des Kindertagesheimes Böhmkenstraße in der Neustadt übertragen, das neu eröffnet worden war. Bis April 1932, als die Geschäftsführung der AW eine »ausgebildete Jugendleiterin« als ihre Vorgesetzte einstellte, durfte sie dieses Heim, das sie aufgebaut hatte, leiten.

Im Juli 1933, fünf Monate nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, wurde die Geschäftsführung sämtlicher acht Kindertagesheime des »Hamburger Ausschusses für soziale Fürsorge e. V.« vom Jugendamt dem »Ausschuß für Kinderanstalten« übertragen. Gertrud H. beschreibt in ihrem Tagebuch, einem »Brief-Journal«, das sie für ihren Freund führte, der als Schiffsingenieur zur See fuhr, eindringlich die systematische »Umstellung« des ehemaligen AW-Kindertagesheimes in eine »positiv nationalsozialistische« Erziehungsanstalt:

»Neugraben, 1. 8. 1933

(Gertrud H. ist mit den älteren Kindern der Böhmkenstraße in dem Ferienholungsheim »Mudder Rieck:) ... Heut' ist schon wieder großer Besuch hier, wie in alten Zeiten geht das vor sich, mit Auto und Essen. Na, schweigen wir, wie es zu heutiger Zeit geboten scheint. Also, der Besuch für mich ist so vorgegangen. Wir holen die Gesellschaft alle zusammen ab. Ich wollte vermeiden, daß einzelne Kinder ausgefragt werden. Wir gehen ins Heim. Essen zu Mittag, während der Mahlzeit gebe ich dem 1. Vorsitzenden (des Kindertagesheimes Böhmkenstraße vom »Ausschuß für Kinderanstalten«) einen kleinen Überblick von meiner Arbeit ... (Nach dem Essen) werde ich gebeten, ohne die Kinder zu einer kurzen Besprechung zu kommen ... Nun kam der Zweck besonders klar zum Ausdruck. »Wie stellen Sie sich in Ihrer Erziehungsarbeit dem nationalsozialistischen Staat? Ist es Ihnen schwergefallen sich umzustellen? Inwieweit haben Sie sich umstellen können – usw. Der tiefere Grund der Fragen war nur der, die drei befürchteten für sich große Schwierigkeiten, wenn sie mich ohne direkte Bejahung ihrer erzieherischen Forderungen in Arbeit lassen. Das fühle ich als derart jämmerlich und beschämend, daß ich mir den Triumph nicht ersparen konnte, ihnen mitzuteilen, daß ich innerhalb 2–3 Monaten kündigen würde, um mich zu verheiraten; damit hätte ich ihnen alle Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt, die sie in meiner Arbeit suchen könnten. Eine Umstellung meinerseits käme vorläufig nicht in Frage, nach den schwerwiegenden Erfahrungen beim Zusammenbrechen einer politischen Macht mit der man weltanschaulich verbunden war, verbiete einem das Verantwortungsgefühl gegenüber der Zukunft eines Volkes, sich kritiklos einer Führerschaft anzuvertrauen, die einem besonders als Frau innerlich so fremd und so wenig überzeugend gegenüberstände ... Thea S. (die Leiterin des Heimes Böhmkenstraße, eine der drei Besucherinnen) ist ganz blaß dabei geworden. Ich konnte mich aber nicht anders verhalten.«

»Den 29. 8. 33

(Wieder zurück in Hamburg wird Gertrud H. zu einem Gespräch in die Zentrale des »Ausschusses für Kinderanstalten« geladen:») . . . Ehrlich gesagt, ein wenig Herzklopfen hatte ich doch, als ich nun endlich im Wartezimmer saß und wartete und warten mußte, bis ich vorgelassen wurde. Schon dieses befremdende Verhalten aller Büroangestellten, der ewige Gruß: »Heil Hitler« . . . Inzwischen kommt noch meine liebe Kollegin Thea R. (die ehemalige Leiterin des AW-Tagesheimes Pinelsweg) . . . Ist schon entlassen, Grund: Entlassung auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums . . . Endlich komme ich an die Reihe . . . Ich zeige (Frau W.) die Einladung zur Besprechung, sie ist sofort orientiert. Fragt mich direkt, wann ich zu heiraten gedenke, damit die Stelle für andere Bewerber frei wird. Außerdem teilt sie mir klipp und klar mit, daß vom Köhlbrand ein Bericht an »Sie« gesandt worden ist, in dem behauptet wird, daß ich die Kinder immer noch »marxistisch« erziehe. Ich habe Frau W. darauf in aller Ruhe erwidern können, daß niemand berechtigt wäre, derartige Berichte mit solchen Behauptungen ausgerechnet vom Köhlbrand aus zu schicken . . . Das Ende war das, ich werde also nicht eher gekündigt, bis ich durch Dich versorgt bin. Nun also ran ans Heiraten . . .

Inzwischen hat sich etwas ereignet, das gibt unseren Absichten ein anderes Gesicht. Ich komme am Sonntag nach Berne und erfahre dort, daß Hans und Köhler verhaftet sind und in Fuhlsbüttel eingeliefert sind . . . Eine furchtbare Geschichte . . . wer weiß, wann und wie wir sie wiederssehen?«

»6. 9. 33

» . . . Wie sehr mir mein Kamerad fehlt, dem ich alles erzählen kann, wie ich das empfinde, das kann ich Dir gar nicht aufschreiben. Ich möchte mich einmal ordentlich ausheulen, ob's dann besser wird? Du darfst mit niemandem ein offenes Wort reden, allüberall Lauscher und Lügner. Treu und Glauben begraben in Phrasen und Geschrei . . . »Heil Hitler«, der mit solchen Philistern und Pennschietern das neue Deutschland schaffen will. Genug davon, sonst lästere ich wer weiß was noch alles. Engel (der ehemalige Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Hamburg) soll aus dem Zuchthaus entlassen sein. Der wird noch über manchen seiner früheren Kameraden staunen, die sich geschickt zur rechten Zeit »umgestellt« haben. Ja, diese »Umsteller«, sie sind das ewige Hindernis der Völker mit und ohne Parlament . . .«

»9. 9. 33

(Gertrud H. wird erneut in die Zentrale des »Ausschusses für Kinderanstalten« bestellt:) . . . Die Sache gestern morgen war regelrecht verfahren . . . Gleich zu zweit fielen sie über mich her, und nicht etwa Frau W. und Herr M. (der erste Vorsitzende des Kindertagesheimes) sondern Herr M. und Fr. L. Das machte mich schon gereizt, Fr. L. ist nämlich auch eine von den ewig undefinierbaren, bürgerlich bis auf die Knochen, immer zur rechten Zeit »umgestellt« . . . Stelle Dir nur vor, ich sollte ihnen versprechen, unter allen Umständen »positiv nationalsozialistisch« Kinder und Eltern zu erziehen. Das ganze Gerede war ein regelrechter Kuhhandel und ich wußte keinen anderen Rat, ich habe ihnen anheimgegeben, mir zu kündigen, da sie mit meinen Leistungen ihre Forderungen betreffend doch nicht zufriedenzustellen wären und ich dadurch dauernd neuen Anfeindungen und Klatschereien ausgesetzt wäre . . . (Zum Schluß) wurde noch eine Frage behandelt, und zwar die des Führerprinzips innerhalb des Tagesheimbetriebes. Und dieses Prinzip heißt: »unbedingte Unterordnung« unter die Leiterin des Hauses . . . Das Wort »Gleichberechtigung« ist ein für allemal ausgeschaltet, das merke Dir, Du freier Deutscher . . .«

»Montag, den 18. 9. 33

. . . Heute mittag kam Fr. W. (die neue stellvertretende Leiterin des Kindertagesheimes) zum Mittagessen zu uns in den Hort (in dem die Schulkinder zusammengeschlossen waren). Vor Beginn der Mahlzeit teilte sie den Kindern mit, daß auf Wunsch »des Vorstandes« (des Ausschusses für Kinderanstalten) der Hitlergruß eingeführt wird. Wir sollen uns gegenseitig daran erinnern und besonders dann den neuen Gruß nicht vergessen, wenn Herr M. oder Herr E. (vom Vorstand) den Hort besucht . . .

Von Hans (der im Zuchthaus Fuhlsbüttel festgehalten wurde) noch nichts wieder gehört . . .

Habe heute erfahren, daß auch das Büro (der Arbeiterwohlfahrt) in der Gerhofstraße polizeilich geschlossen (wurde), da die »AWO« sich nicht umstellen will. Der Vorstand soll seine Ämter niedergelegt haben. Käthe R. (die Buchhalterin der AW) und Frau B. (die kommissarisch eingesetzte Leiterin) sollen im Jugendamt ein Büro zugewiesen bekommen haben, um die laufenden Arbeiten zu erledigen. Käthe soll Anweisung bekommen haben, »sich zu fügen und umzustellen«, da sie sonst gekündigt würde. Also überall dasselbe Lied. Gesinnungsverkauf – Gesinnungsverkauf ist Trumpf. War vielleicht schon immer so, haben's nur nicht so gemerkt. Man kommt zu Erkenntnissen und Vergleichen, schade, daß man kaum wagen kann, die Gedanken auszutauschen, weil Du nicht weißt, ob dein bester Kamerad nicht morgen schon »umgestellt« ist, um »eingestellt« zu werden . . .«

»Den 20. 9. 1933

. . . Heute nachmittag habe ich nun doch meine Kündigung zum 31. 10. erhalten: wie vermutet, ohne Angabe des Grundes. – Sie lautet: »Sehr geehrtes Fr. H.! Der Vorstand . . . sieht sich zu seinem Bedauern veranlaßt, Ihren Ihre Stellung als Kindergärtnerin in diesem Heim zum 31. Oktober 1933 vorsorglich zu kündigen. – In vorzüglicher Hochachtung! gez. H. M. 1. Vorsitzender des Kindertagesheimes Böhmkenstraße. !!! –, . . . Du glaubst gar nicht, wer und wieviel jetzt erst entlassen werden . . .«

»Donnerstag, den 21. 9. 1933

. . . Gestern teilte mir Lore W. (die stellvertretende Leiterin) mit, daß das Tagesheim mit einem Guthaben von 527 Mark an den Ausschuss für Kinderanstalten abgegeben worden ist . . . Die Arbeiterwohlfahrt heißt jetzt »NS-Volkswohlfahrt« . . . Das Vermögen des eingetragenen Vereins ist von der Staatspolizei beschlagnahmt . . .«

»Sonntag, 24. 9. 1933

. . . Hans hat geschrieben, ist ins Konzentrationslager überführt worden. Viel darf er nicht schreiben, über sich selbst gar nichts . . .«

»Den 17. 10. 33

. . . morgen ist die Pflichtversammlung (des NS-Lehrerbundes) im Heim Hornerweg. Was heißt Pflichtversammlung? . . . Die sogenannten »religiösen« Anordnungen liegen mir schwer auf dem Herzen, und den anderen auch . . .«

»Hamburg, den 29. 10. 33

. . . Ich habe mich nun endgültig mit dem Gedanken vertraut gemacht, am Dienstag meinen letzten Dienstag zu haben, auf jeden Fall bettle ich nicht hinterher, länger beschäftigt zu werden; die »religiöse Frage« (gemeint ist die Frage der Mitgliedschaft in der NSDAP) macht uns unheimlich zu schaffen, trotzdem in der Hamburger Lehrerzeitung darauf hingewiesen wurde, daß kein Gewissenszwang ausgeübt werden soll. Scheinbar ist »Gewissenszwang« ein dehnbare Begriff und nicht anwendbar, wenn es gerade erforderlich erscheint . . .«

»Montag, den 31. 10. 33

... Heute habe ich nun die endgültige Bestätigung der Kündigung erhalten, ohne Kündigungsgrund, weil man wahrscheinlich keinen weiß... Wenn wir nun Wert auf Bewilligung des Ehestandsdarlehns legten, wäre uns das total versaut, da mir für diesen Fall die Kündigung erst zum letzten vor der Verheiratung ausgesprochen werden darf. Ach, war'n Schiet; na, ich werde mich schon zu beschäftigen wissen. Darum braucht sich niemand Sorgen zu machen...«

Die Schwierigkeiten gipfelten dann in der Verfolgung

der Sozialdemokraten. Die Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt waren plötzlich Staatsfeinde.

(Alle Anmerkungen in Klammern stammen von der Autorin.)

* Auszug aus dem Protokoll des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, 8. September 1933, in: Sta. HH., Sozialbehörde I, Verein für Arbeiterwohlfahrt e. V. (Hamburger Ausschuss für soziale Fürsorge e. V.).

** Bericht der Staatspolizei 2a, Hamburg, 14. 9. 1933; in: ebd., Bericht über die Liquidierung des »Hamburger Ausschusses für soziale Fürsorge e. V.« (Früher Arbeiterwohlfahrt e. V.) von Senator Allwörden, in: ebd.

6. Die Arbeiterwohlfahrt nach dem Krieg

Bevor ich mit der Betrachtung der Elementarerziehung beginne, möchte ich einige Bemerkungen zu der Entwicklung des Verbandes machen, da diese immer auch auf den Kindergarten zurückwirkt.

6.1. Die Wiedergründung und das Selbstverständnis der AW

Nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft lag Deutschland in Trümmern.

Wieder einmal hungerten nach einem Kriege viele Menschen, Wohnungen fehlten in Stadt und Land, schnelle Hilfe war notwendig. Bereits kurz nach der bedingungslosen Kapitulation gründeten sich erste Kreis- und Bezirksausschüsse der AW. Am 3./4. Januar 1946 konstituierte sich der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt. Eine der wichtigsten Aufgaben in der Nachkriegszeit war die Verteilung der aus dem Ausland gespendeten Geld- oder Sachmittel an die Bevölkerung.

Aber auch Zukunftsfragen wurden erörtert; so wurde ein Fachausschuß Jugendwohlfahrt gebildet, welcher sich mit Fragen der Ausbildung und Erziehung beschäftigte.

Die Grundsätze der AW änderten sich nur wenig; man gedachte an die Weimarer Tradition anzuknüpfen, doch formal änderte sich einiges. Die Arbeiterwohlfahrt gründete sich nach dem Krieg als eine selbständige Organisation, allerdings in verbandsinterner Übereinstimmung, mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands freundschaftlich zusammenzuarbeiten. Ideologisch be-

kannte sich die Arbeiterwohlfahrt wie die SPD zum »Demokratischen Sozialismus«.

In dem Organ des Hauptausschusses wird der »Demokratische Sozialismus« folgendermaßen erklärt:

»Der demokratische Sozialismus ist eine internationale Bewegung, die keinesfalls eine starre Gleichförmigkeit der Auffassung verlangt. Gleichviel, ob Sozialisten ihre Überzeugung aus den Ereignissen marxistischer oder anders begründeter sozialer Analysen oder aus religiösen oder humanitären Grundsätzen ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens.«¹⁰¹

Damit wurde eine Öffnung für eine Vielfalt von Meinungen vorgenommen. Der totalen Ablehnung der Kirchen in den Gründerjahren der AW stand jetzt eine zumindest programmatische Annäherung gegenüber:

»Er [der »Demokratische Sozialismus«] respektiert echtes religiöses Leben. Viele Sozialisten sind aktive Mitglieder christlicher Kirchen. Ihr sozialistischer Standpunkt ist eine Konsequenz christlicher Haltung.«¹⁰²

Die organisatorische Trennung von der SPD bedeutete, daß die AW nach 1945 eine Mitgliederorganisation war. Es konnte also jeder ohne Rücksicht auf Nation, Rasse und politische Stellung, mit Ausnahme von KPD-Mitgliedern, denen der Eintritt verwehrt war, da sie den politischen Grundsatz des »Demokratischen Sozialismus« gefährdeten, eintreten.

Trotz der organisatorischen Trennung von der SPD bestanden Anzeichen, daß die AW politisch immer noch ein sozialdemokratischer Verband war. So bejahte die

AW die familienpolitischen Grundsätze der SPD; lokal gliederte sie sich dem Sitz des SPD-Parteivorstandes in Hannover an, und viele Mitglieder der AW nahmen auch in der Partei Aufgaben wahr.

Dem politischen Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus folgend, forderte die Arbeiterwohlfahrt den Vorrang der öffentlichen Fürsorge durch Staat und Gemeinden.

Damit stand sie, wie schon vor 1933, im Widerspruch zu anderen Wohlfahrtsorganisationen, von denen sie sich, nach eigenen Aussagen, wie folgend unterschied:

»Die Arbeiterwohlfahrt nimmt unter den anderen freien Wohlfahrtsorganisationen insofern eine Sonderstellung ein, als sie bestrebt ist, beides zu sein: ein Wohlfahrtsverband, der die spezifischen wohlfahrtspflegerischen Aufgaben mit großem Ernst und auf allen Gebieten aus seiner besonderen Gesinnung heraus zu erfüllen trachtet und eine sozialpolitische Organisation, die sich in die Reihen derjenigen eingliedert, die mit den Mitteln der Politik eine Veränderung der Verhältnisse herbeiführen und eine neue soziale Ordnung schaffen wollen im Geiste der sozialen Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde.«¹⁰³

Unterschied sich die Arbeiterwohlfahrt, wie oben gezeigt, von anderen Wohlfahrtsverbänden, so paßte sie sich in einem anderen Punkt an. War die Arbeiterwohlfahrt vor 1919 angetreten, die Wohlfahrtspflege überflüssig zu machen, so wurde nach 1945, nicht zuletzt durch die Gründung einer Mitgliederorganisation, deutlich, daß die Arbeiterwohlfahrt die Wohlfahrtspflege anerkannte. Richard Haar, Geschäftsführer der AW, machte dieses anlässlich des 50jährigen Bestehens deutlich:

»Staat und Kommunen sind weder organisatorisch noch finanziell in der Lage, Jugend- und Sozialarbeit allein zu leisten und können auf die Mitwirkung ehrenamtlicher Mitarbeiter der freien Verbände nicht verzichten.«¹⁰⁴

Die Arbeiterwohlfahrt war und ist nach 1945 eine fest in das Staatssystem integrierte Organisation mit dem Anspruch, auf gesellschaftliche Veränderungen hinzuwirken.

6.2. Systemveränderung versus Wohlfahrtsverband

Auffällig ist, daß die AW in ihren Ausführungen häufig den systemverändernden Charakter herausstellt, ihre systemstabilisierende Funktion dabei zwar nicht leugnet, aber auch nicht erwähnt.

Rudolph Bauer beschreibt die Aufgabe der Wohlfahrtsverbände so:

»Die Mediatisierungsleistung der Verbände besagt, daß die soziostrukturellen Interessenwidersprüche entschärft werden und die mit dem Risiko der Klassenpolarisierung und der Politisierung des Klassenkampfes verbundene Gefahr verringert wird: nämlich den Klassencharakter politischer Herrschaft offen praktizieren und kenntlich machen zu müssen.«¹⁰⁵

Übertragen auf die Arbeiterwohlfahrt bedeutet dieses für mich, daß es ihre Verpflichtung ist, will sie Veränderungen weiter sozialreformerisch erreichen, sich in ihrem Selbstverständnis nicht nur als Stützpfiler einer demokratischen Gesellschaft, sondern auch eines kapitalistischen Staates zu sehen, denn die sozialpolitischen Forderungen der AW setzen eine »friedliche Koexistenz« zwischen »Demokratie und Kapitalismus«¹⁰⁶, mit der langfristigen Perspektive, kapitalistische Tendenzen abzubauen, voraus.

Mit der Definition des demokratischen Sozialismus wird allerdings, und dieses ist in Hinsicht auf Verdeutlichung positiv zu bewerten, ein Verzicht auf die Lehre von Karl Marx, wie sie die Sozialdemokratie im Kaiserreich zumindest teilweise favorisierte, dokumentiert und somit der schon in der Weimarer Republik scheinbar als lästig empfundene ideologische Ballast abgeworfen. Das bedeutete zumindest, daß der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit über eine Veränderung des Anspruches verkleinert wurde.

7. Auf dem Wege zur Institutionalisierung der Elementarerziehung in der Arbeiterwohlfahrt

7.1. Verhältnis zur Gründung eigener Einrichtungen – Das Trägerbewußtsein

Wie schon vor 1933 favorisierte die Arbeiterwohlfahrt die öffentliche Fürsorge gegenüber der privaten Hilfe. Doch gab es auch nach dem zweiten Weltkrieg widersprüchliche Ansichten.

Es stellte sich als kaum auflösbares Problem heraus, eigentlich gegen eine Sache, in diesem Fall das Einspringen für den Staat, zu sein, auf der anderen Seite aber auch über Erziehung, beziehungsweise über Entwicklung dergleichen, Einfluß zu nehmen.

So klang es 1948 in einer Stellungnahme zu Problemen der Jugendwohlfahrt sehr deutlich, als der Fachausschuß für Jugendwohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt forderte:

»Alle Orts- und Bezirksausschüsse der Arbeiterwohlfahrt, sowie die Mitglieder der Gemeinde- und Länderparlamente müssen darauf hinwirken, daß Delegationen ganzer Aufgabengebiete an Organisationen der freien Wohlfahrtspflege auf Grund des § 11 RJWG in Zukunft nicht mehr erfolgen und daß bereits erfolgte Delegationen möglichst rückgängig gemacht werden.«¹⁰⁷

Betrachtet man aber gleichzeitig die steigende Anzahl von Einrichtungen, die die Arbeiterwohlfahrt nach dem Krieg übernommen hatte, so relativierte sich die oben zitierte Forderung sehr schnell.

Entwicklung der Kindergärten der Arbeiterwohlfahrt¹⁰⁸

Jahr	brit. Zone	US-Zone	fr. Zone	Berlin
1946	26	18	–	–
1947	99	36	–	3
1948	152	52	7	3

Dazu kamen 152 Heime und etwa 3000 Beratungsstellen. So standen den 55 Einrichtungen (Kindergärten, Horte und Tagesheime) aus der Vorkriegszeit allein 214 Kindergärten im Jahre 1948 gegenüber. Hinzu kam, daß etwa ein Drittel der Einrichtungen von 1930 nach dem 2. Weltkrieg in der sowjetischen Besatzungszone lag, in der die Arbeiterwohlfahrt keine Trägerschaft mehr hatte, da dort die Kindergärten der Zentralverwaltung für Volksbildung zugeordnet wurden. Der Ausbau der Kindergärten der AW war also erheblich.

So divergierten Forderungen und Handlungen. In diesem Falle von Inkonsequenz zu sprechen, ist aber falsch, denn die rechtliche Situation sah ja vor, daß zuerst private Träger bezüglich Eröffnung von Einrichtungen gefragt wurden und die Arbeiterwohlfahrt Gefahr gelaufen wäre, alle Einrichtungen den konfessionellen Trägern zu überlassen, wenn diese finanzierungswillig gewesen wären.

So entwickelte sich dann, wenn auch sehr langsam, nach dem 2. Weltkrieg eine »Trägermentalität«, die man zwar »nicht wollte«, aber von Anfang an in sich trug.

Lotte Lemke (Geschäftsführerin der AW 1949) drückte diese Veränderung so aus:

»Damals so möchte ich sagen, waren wir das *Gewissen der öffentlichen Verwaltung*, ein immer waches und oft sehr unbequemes Organ. Heute sind wir das auch noch. Aber daneben sind wir in breitem Ausmaß zum *Träger* fürsorgerischer Aktionen und sozialer Einrichtungen geworden.«¹⁰⁹

Dieses sollte sich in der Zukunft weiter verstärken. Das Bekenntnis zum Vorrang der öffentlichen Hilfe blieb zwar im Grundsatz bestehen, doch gab es eigene Interessen, durch die man kleine Abweichungen für vertretbar hielt. Rudolph Bauer zitiert den Fachausschuß Anstaltswesen der AW, dessen Ausführungen diesen Widerspruch deutlich machten:

»Die Schaffung von Heimen ist *grundsätzlich* Aufgabe der öffentlichen Hand. *Die Arbeiterwohlfahrt soll Heime nur unter folgenden Gesichtspunkten errichten:* Ausbildung des Berufsnachwuchses, Praktizierung ihrer pädagogischen Grundsätze, Spezialheime für Pionieraufgaben.«¹¹⁰ (Hervorhebung d. Verf.)

War man sich 1947 zwar dieses Widerspruchs bewußt, so bestand über die Grundsätzlichkeit des Vorranges der öffentlichen Hand Konsens. Dieses scheint heute nicht mehr der Fall zu sein.

Richard Haar, Bundesgeschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt, schrieb 1979:

»Ein Wechselement unseres sozialen Rechtsstaates ist die Partnerschaft zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege, ein System, wie es in der Welt wohl einmalig ist.

Die Zeiten der überflüssigen Diskussionen über den Vorrang der einen oder anderen sind längst vorbei.«¹¹¹

In der gleichen Ausgabe der Zeitschrift betont Heinz Niedrig, Referent für Sozialpolitik im Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt:

»Die AW vertritt als einziger Wohlfahrtsverband programmatisch den Vorrang der öffentlichen Verantwortung für die Erfüllung des Anspruchs auf soziale Hilfen, auf Erziehung und Bildung sowie für die Planung und Entwicklung eines zeitgerechten Systems sozialer Leistungen und Einrichtungen.«¹¹²

Wie dem zumindest teilweisen Abrücken von Grundsätzen (R. Haar) und dem bereits genannten verstärkten Trägerbewußtsein nähert sich die AW den anderen Wohlfahrtsverbänden an (vgl. R. Bauer, S. 40ff.).

In dem Buch »Gefesselte Jugend« wird das Verhältnis der Wohlfahrtsverbände folgendermaßen beschrieben:

»Äußerungen und Selbstdarstellungen werden dann zeigen, daß sie sich als Erfüllungsgehilfen des Kapitals bewähren, wobei die Konfessionen in schöner Harmonie von der Arbeiterwohlfahrt ergänzt werden.«¹¹³

Dabei scheint sich die Arbeiterwohlfahrt in dem Dilemma zu befinden, von vielen Konservativen, ähnlich wie die SPD, als sozialistische Organisation angesehen zu werden, während Kommunisten sie als den *Kapitalismus* stützende Organisation sehen. Dieser Widerspruch kommt nicht von außen, sondern ist programmatisch festgelegt.

Festzustellen ist bei der Arbeiterwohlfahrt der verstärkte Trend, auch Träger von Einrichtungen zu werden. Den Widerspruch zwischen »freier Wohlfahrtspflege« und öffentlicher Hilfe löste der Kreisverband Hannover-Stadt der AW konsequent auf:

»Um sicherzustellen, daß die gesellschaftspolitischen Ideen des »Demokratischen Sozialismus« in der Auseinandersetzung um unsere gesellschaftliche Zukunft mit den anderen Weltanschauungen in unserem Gemeinwesen angemessen vertreten ist, beansprucht die Arbeiterwohlfahrt Träger von Kindertagesstätten zu sein, so lange diese nicht ausschließlich von unserem staatlichen Gemeinwesen getragen werden.«¹¹⁴ (Hervorhebung d. Verf.)

7.2. Der Kindergarten in der Nachkriegszeit und seine Probleme

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wurden die Kindergärten in den vier Besatzungszonen schnell wieder aufgebaut.

In den drei westlichen Besatzungszonen geschah dieses vornehmlich durch die Wohlfahrtsverbände und durch die öffentliche Hand. Doch mit der Errichtung beziehungsweise Wiedereröffnung allein waren die Probleme des Nachkriegsalltages, wie Hunger und Kälte, nicht gelöst.

Auch vor Kindergärten machten diese Probleme nicht Halt. Viele der Kindergartenkinder waren unterernährt oder durch Kälteeinwirkung erkrankt (vgl. Grossmann, S. 80). In vielen Kindergärten mangelte es an Heizmaterial. Selbst zwei Jahre nach dem Zusammenbruch des III. Reiches war die materielle Ausstattung der Kindergärten unzureichend. Die Arbeiterwohlfahrt berichtet 1947 in ihrem neu geschaffenen Organ »Neues Beginnen« über die Verhältnisse in einem Bremer Kindergarten:

»Bei Regenwetter leckt es an vielen Stellen vom Dach, im Hochsommer ist es unerträglich heiß, im Winter wegen Mangel an Feuerung nicht genügend warm –, so sieht es bei uns aus! Durch die Kriegszerstörungen ist es unmöglich, geeignete Räume zu finden. (...) Geliehene Stühle und Tische sind unsere Einrichtungsgegenstände. Von den vorhandenen Ruhebettstellen sind einige durch den täglichen Gebrauch beschädigt. Wegen Materialmangel sind wir nicht in der Lage, Ausbesserungsarbeiten vorzunehmen. Unsere Kleinen müssen darum zur Mittagsruhe auf dem Fußboden liegen, der mit alten Wolldecken belegt wird.

Das Beschäftigungsmaterial besteht zum größten Teil aus Abfallholz, Kastanien, Eichen, Kirsch- und Pflaumensteinen und genügt in keiner Weise, 50 Kinder zu unterhalten.

Wir wünschen uns dringend Bastelholz, Papier, Knetmasse, Scheren, Klebstoff, Bilderbücher, Bälle, Puppen, Spiele, Buntstifte und dergleichen, damit unserer Kinder ihren Betätigungsdrang befriedigen und in kindlicher Weise beschäftigt werden können.

Für die notwendige hygienische Pflege fehlt fast jede Voraussetzung. Von 50 Kindern haben nur 10 eine eigene Zahnbürste. – Nagelbürsten sind so selten wie alle anderen Kulturdinge.

... Seife und Waschlappen sind nie genug vorhanden. Bei der geringen Seifenzuteilung sind die Mütter nicht in der Lage, ihren Kindern Seife mitzugeben.«

Zu den materiellen Schwierigkeiten kamen die durch das nationalsozialistische Erziehungssystem hervorgerufe-

nen Schwierigkeiten mit in der faschistischen Gesinnung geschulten Kindergärtnerinnen.

Viele dieser Kindergärtnerinnen mußten einsehen, daß sie einem bestialischen Ideal gefolgt waren. Eine Umstellung der Methoden war von heute auf morgen kaum möglich.

Erna Donat, Mitglied des Arbeiterhilfswerks, einer der Arbeiterwohlfahrt nahestehenden Organisation, schreibt zu dieser Problematik:

»In der Nazizeit hat man Kindergärten und demzufolge Kindergärtnerinnen sozusagen aus dem Boden gestampft... In kurzer Zeit und oft recht mangelhafter Ausbildung entstand ein Heer von Kindergärtnerinnen. Viele von ihnen machen jetzt die Erfahrung, daß sie den Anforderungen dieses einst sehr qualifizierten Berufes nicht entsprechen. Es wird die Aufgabe der nächsten Jahre sein, die Begabten in eine gute Aus- oder Nachbildung hincinzubringen und den Ungeeigneten eine andere Berufswahl anzuraten.«

Die Arbeiterwohlfahrt sah also einige Schwierigkeiten in der Tatsache, auf Kindergärtnerinnen der Nazizeit angewiesen zu sein. Sie forderte gerade in diesen Krisenzeiten, in der viel Kinderarbeit in Flüchtlingslagern und Behelfshäusern praktiziert wurde, bewußte Erzieherinnen, um alten Einflüssen, z. B. auf Eltern von Kleinstkindern, begegnen zu können.

»In den Einrichtungen der AW sollte alles Bemühen so geleistet werden, daß es den inneren, durch Diktatur oftmals schwerverehrten Kern der menschlichen Persönlichkeit anrührt.

Das ist in erster Linie eine Angelegenheit des vollen Bewußtseins, des Wissens um das entscheidende Phänomen der inneren Freiheit. Vor diesen Menschen, deren unblutige Wunden frisch sind, versagt die Apparatur traditionell geübter Wohltätigkeit. Die besten Mitarbeiter gehören an diese, den Arbeitsumständen nach gewiß schlechtesten Plätze!«¹¹⁵

7.3. Die Rolle des Kindergartens

Nach dem 2. Weltkrieg knüpfte der Kindergarten an alte Bewahrtraditionen an. Im Gegensatz zu der sowjetischen Besatzungszone, in der Sozialdemokraten und Kommunisten den Kindergarten in das Bildungssystem einordneten und damit alte Forderungen der Sozialdemokratie in die Realität umsetzten, übernahmen in den drei westlichen Zonen die Wohlfahrtsverbände wieder die Hauptverantwortung. Entsprechend die alte Rolle des Kindergartens dem damaligen, von der konservativen Regierung vertretenen Wunsch nach ausschließlicher Familienerziehung und wurden kurzfristig auch keine Veränderungen angestrebt, so war auch das Interesse der Linken an einer Reform der Elementarerziehung eben nicht immer groß; Prof. Heinrich Rodenstock, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB: »Am wenigsten reformbedürftig in unserem deutschen Bildungswesen – was die pädagogische Haltung angeht – sind wohl unsere Kindergärten.«¹¹⁶

Die Arbeiterwohlfahrt dagegen wollte diesem Bereich, auch im Zusammenhang mit dem eigenen Trägerbewußtsein, mehr Aufmerksamkeit schenken. Die AW war der Meinung,

»daß nachdem der äußere Aufbau der Organisation einen gewissen Abschluß erreicht habe, es nun notwendig sei uns stär-

ker der Vertiefung und Intensivierung unserer Arbeit zuzuwenden.

Das gilt gleichermaßen für die Arbeit in der offenen Fürsorge, [...] wie für die Arbeit in unseren [...] Kindergärten.«¹¹⁷

So blieb der Kindergarten in der Praxis und im Gesetz alten Grundsätzen verbunden. Welche Veränderungen die Arbeiterwohlfahrt forderte, welches Bild sie vom Kindergarten hatte und wie sie versuchte, diese Vorstellungen umzusetzen, soll im folgenden diskutiert werden. Dabei möchte ich zunächst die Entwicklung bis 1965 beschreiben, da sich danach grundlegende Änderungen im Elementarbereich vollzogen, die auch den Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt trafen.

7.4. Der Kindergarten gewinnt in der AW an Bedeutung

Waren die gegründeten Kindergärten der Arbeiterwohlfahrt nach dem 2. Weltkrieg zuerst einmal Reaktion auf das Elend, so versuchte die AW in den darauffolgenden Jahren, die Elementarerziehung auch konzeptionell in den Griff zu bekommen. Ausdruck des steigenden Interesses am Kindergarten war z. B. der fünfteilige Aufsatz von Erna Donat: »Beruf und Aufgabe der Kindergärtnerinnen«, der 1948 und 1949 in dem Organ der AW, »Neues Beginnen«, veröffentlicht wurde und erste Grundsätze verdeutlichte.

Als Ziel wurde von der Arbeiterwohlfahrt formuliert: »Alles, was wir in den Kindergärten tun, soll unserem Ziel dienen: der Entwicklung eines freien Menschen.«¹¹⁸

Der Zweck des Kindergartens wurde folgendermaßen definiert:

»Kindergärten haben einen *praktischen* und einen *pädagogischen* Zweck; den: die Kinder während der Arbeitszeit der Mütter zu versorgen – die süddeutsche Bezeichnung »Warteschule« weist darauf hin – und den: die kleinen vorschulpflichtigen Knaben und Mädchen in die Gemeinschaft einzuführen, sie an das Leben in der Gemeinschaft zu gewöhnen, sie für die richtige Einstellung zu ihrer Umwelt zu erziehen.«¹¹⁹

An dieser Stelle wird deutlich, daß sich in der Arbeiterwohlfahrt alte Traditionen erhalten hatten. Heinrich Schulz hatte, diesem ähnlich, den Kindergarten als sozialpolitisch (praktisch) und pädagogisch notwendig erklärt (vgl. S. 9).

Dabei muß aber gesagt werden, daß der praktische Zweck im Vordergrund stand. Die Arbeiterwohlfahrt, wie viele andere Träger auch, nahm vornehmlich Kinder erwerbstätiger Mütter auf. Auch wenn die Arbeiterwohlfahrt den pädagogischen Zweck des Kindergartens für *alle* Kinder immer wieder betonte, so forderte die Praxis eine andere Realität:

»So lassen z. B. Hamburg, Bremen, Essen und Bielefeld jede Anmeldung [zum Kindergarten und zur Tagesstätte (-heim), d. Verf.] von der zuständigen Fürsorgerin auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen und gehen teilweise so weit, daß sie Kindern die Aufnahme verweigern, deren Mutter wohl arbeiten möchte, jedoch nicht aus wirtschaftlicher Notwendigkeit heraus dazu gezwungen ist. Diese Maßnahme wird nicht nur aus Platzmangel, sondern auch aus wirtschaftlichen Erwägungen begründet.«¹²⁰

War schon ein pädagogischer Zweck für alle Kinder definiert, aber nicht greifbar, so sollte sich wenigstens in der

Arbeit mit den aufgenommenen Kindern dieser beweisen. Die Arbeiterwohlfahrt forderte daher:

»Unsere Kindergärten sollen keine Einrichtungen sein, wo Kinder lediglich aufbewahrt werden, sondern Stätten der Erziehung, der Freude und der ungezwungenen Freiheit.«¹²¹

Methodisch sollte im Sinne Fröbels gearbeitet werden. So sollten dem Kind phantasieanregende und nicht »fertige« Spielmaterialien gereicht werden. Die Umgebung sollte wohnlich sein. Neben angeleitetem Spiel kam dem Freispiel große Bedeutung zu. Hier sollte sich das Kind aus seiner eigenen Persönlichkeit heraus entfalten können.

Anknüpfend an die Forderungen zur Arbeit im Kindergarten selbst verlangte die Arbeiterwohlfahrt, angebunden an die Grundsätze der Weimarer Zeit, enge Zusammenarbeit mit dem Elternhaus der Kinder und der Grundschule.

Zur Bildung und Beeinflussung der Kindergärtnerinnen druckte die Arbeiterwohlfahrt in »Neues Beginnen« wissenschaftliche Aufsätze internationaler Pädagogen ab. Sie führte mit dieser schriftlichen Form so etwas wie eine Weiterbildung durch und versuchte, auch so ihre erzieherischen Grundsätze zu dokumentieren. Waren dies alles erste Äußerungen aus Einzelveröffentlichungen, so beschloß die Arbeiterwohlfahrt 1954 zum ersten Mal in ihrer Geschichte:

7.5. »Richtlinien für die Planung und Führung von Kindertagesstätten der Arbeiterwohlfahrt«¹²²

Damit wurde zum ersten Mal eine offizielle Stellungnahme, die nicht nur allgemeine Forderungen, sondern Ansprüche an eigene Einrichtungen stellte, erarbeitet.

Kindertagesstätten definierte die Arbeiterwohlfahrt als

»halboffene Einrichtungen, in denen Kinder von 3 Jahren bis zur Schulentlassung regelmäßig den ganzen Tag oder einen Teil des Tages erzieherisch und pflegerisch betreut werden. Diese Einrichtungen bestehen entweder als *kombinierte Kindertagesstätten* für Kinder von 3 Jahren bis zur Schulentlassung oder als *Kindergärten* für Kinder von drei bis sechs Jahren oder als *Kindertagesstätten* für schulpflichtige Kinder.«¹²³

Die Arbeiterwohlfahrt hielt die kombinierte Form der Kindertagesstätte für anstrebenswert.

7.5.1. Sinn und Zweck der Kindertagesstätten

Die Belegung der Einrichtungen richtete sich nach sozialen Gesichtspunkten.

»In Kindertagesstätten werden Kinder aufgenommen, deren Eltern aus sozialen, gesundheitlichen oder erzieherischen Gründen nicht ausreichend imstande sind, für ihre Kinder selbst zu sorgen. Damit dienen sie der *Unterstützung und Ergänzung der Familienerziehung*.«¹²⁴

Kindergärten sollten aber, soweit wie möglich, »auch Kleinkinder aus gesicherten Familienverhältnissen, insbesondere *Einzelkinder* mit aufnehmen, um ihnen in der *Gemeinschaft* den Übergang in die Schule zu erleichtern.«¹²⁵

Um den Bedürfnissen der *älteren* Kinder Rechnung zu tragen, strebte die AW »die Mitarbeit des *männlichen Erziehers*«¹²⁶ an.

Die AW forderte den männlichen Erzieher im Rahmen der Kindertagesstätte ausschließlich für die Schulkinder. Für den Kindergarten galt weiterhin: »Der Kindergärtnerinnen-Beruf, . . . ist ein wahrer Frauenberuf.«¹²⁷

Dieses war 1954 durchaus normal, konnte aber für eine Organisation, die, aus der Sozialdemokratie stammend, die Gleichberichtigung auf ihre Fahnen schrieb, als Inkonsequenz bezeichnet werden. Auch pädagogisch wäre die Forderung nach männlichen Erziehern innerhalb der Bewegung nichts Neues gewesen. Bereits 1876 betonte Adolf Douai die Wichtigkeit des Ausgleiches der Geschlechter in der Personalstruktur (vgl. S. 9).

In den fünfziger Jahren war diese Forderung auch bei liberalen Pädagogen, die sich in dem gleichen Punkt auf Fröbel hätten berufen können, vergessen, und selbst in der DDR, die die berufliche Gleichberechtigung möglichst schnell verwirklichen wollte, war Kindererziehung Frauensache und die Mutter diejenige, die durch den Kindergarten entlastet wurde¹²⁸.

Der Erziehungsanspruch in der Kleinkindererziehung wurde also weiterhin an die Mutter gebunden und an die Kindergärtnerin delegiert. Kritisierten die Linken also häufig Rollenklischees, so konnten sie sich in der Praxis doch selten davon befreien. Dieses galt gleichermaßen für die Arbeiterwohlfahrt. Der Zeitgeist rief veränderte Einstellungen hervor und überdeckte Traditionen. So wurde gerade an dieser Stelle deutlich, daß die Entwicklung der AW eben nicht nur von tradierten Werten, sondern auch von gesamtgesellschaftlichen Einstellungen berührt wurde.

7.5.2. Innere und äußere Strukturen der Kindertagesstätte

Für die Kindertagesstätte wünschte sich die AW eine Einbindung in das soziale Umfeld. Dieses sollte z. B. durch Öffnung der Räume für Jugendgruppen, ohne das Eigenleben der Kindertagesstätte zu stören, erreicht werden. Des weiteren sei ein enger Kontakt zu den Eltern über »Sprechstunden, Elternabende und Hausbesuche«¹²⁹ zu halten.

Zur Belegung der Kindertagesstätte forderte die Arbeiterwohlfahrt, daß die Anzahl nicht mehr als 60 bis 80 Kinder umfasse¹³⁰. Dieses war auf Bundesebene eine realistische Zahl. In den einzelnen Bundesländern divergierten die Durchschnittszahlen aber erheblich: Während die Durchschnittsbelegung in Hessen etwa bei 220 Kindern lag, waren in Westberlin nur ungefähr 40 Kinder in einer Kindertagesstätte. Der nächstniedrige Wert gegenüber Hessen, welches, gemessen an der Bevölkerungszahl, eine gute Versorgung mit Kindertagesstätten zu diesem Zeitpunkt aufwies, lag in Bremen mit etwa 81 Kindern pro Kindertagesstätte. In allen anderen Ländern war die Belegung kleiner. Auf Bundesebene verteilten sich ungefähr 66 Kinder auf eine Kindertagesstätte¹³¹.

Die Gruppenstärke des Kindergartens sollte nicht mehr als 25 Kinder umfassen. Damit lag die Arbeiterwohlfahrt noch weiter hinter den Forderungen des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, der 1957 eine Gruppenstärke von höchstens 15 Kindern forderte.

Für die räumlichen Gegebenheiten forderte die Arbeiterwohlfahrt, für den Fall einer Gemeinschaftsstätte von Kindergarten und Kinderhort, einen Gemeinschaftsraum, in dem sich ältere und jüngere Kinder treffen können. Dabei sollte allerdings für jede Gruppe auch ein eigener Raum zur Verfügung stehen.

Sinnvoll sei weiterhin ein Garten und eine Küche, die den Kindern zur Verfügung stehen sollten.

Auch hier lassen sich Traditionen erkennen, aber nicht eindeutig zuordnen. Die Forderung nach Betätigung im Garten und in der Küche kann sowohl im Sinne der alten sozialdemokratischen Forderung nach Erziehung zur Arbeit, als auch in Anlehnung an Fröbel interpretiert werden:

»§ 213 Auch ist das Bearbeiten eigener Gärten ganz besonders wichtig um des Erzeugnisses willen; denn der Mensch sieht da zuerst auf einem organischen, geistig gesetzmäßigen, notwendig bedingten Wege Früchte aus seinem Tun, seinem Handeln hervorgehen, Früchte, die vielseitig, obgleich den inneren Gesetzen der Naturkraft unterworfen, doch auch von seiner Tätigkeit, von den Gesinnungen seiner Tätigkeit abhängen. – Das Kind, der Knabe, welcher ein äußeres Leben, wenn auch einer sehr untergeordneten Stufe, pflegte, behütete, wird auch leichter zur Pflege und Hut seines eigenen Lebens hinzuführen sein. Und durch die Pflege der Pflanzen wird auch des Knaben sonstige Sehnsucht nach der Beachtung lebendiger Naturgegenstände: Käfer, Schmetterlinge, Vögel, befriedigt, denn diese kommen ja gern in die Nähe der Pflanzenwelt.«¹³²

Für die innere Einrichtung des Kindergartens sei für die Leiterin ein besonderes Dienstzimmer zur Verfügung zu stellen, weiterhin solle jede Kindertagesstätte über eine Badeanlage verfügen.

»Die Spielräume müssen auf die besonderen Bedürfnisse von Kleinkindern abgestellt sein, indem sie sowohl die Möglichkeit des Gruppenspiels wie des Einzelspiels (durch Einbau von Nischen, Spiel- und Puppenecken usw.) vorsehen.«¹³³

Neben ausreichenden Spielmaterialien sollten Liegebetten für die Mittagspause vorhanden sein.

7.5.3. Die gewünschte Personalstruktur in Kindertagesstätten der Arbeiterwohlfahrt

Bei Kindertagesstätten und großen Kindergärten sei eine Jugendleiterin erforderlich.

»Als Leiterin eines kleinen Kindergartens oder Kinderhortes kommt auch eine Kindergärtnerin und Hortnerin mit ausreichender Erfahrung in Frage. Aufgabe der Leiterin ist besonders die Anleitung und Weiterbildung der Kindergärtnerinnen und Praktikantinnen und die Pflege des Kontakts mit Eltern, Jugendamt, Schule, Gesundheitsamt usw.«¹³⁴

Für die Gruppen sei die Anstellung einer ausgebildeten Erzieherin Pflicht. Vera Boltz beschreibt die damals übliche Zuordnung:

»Kindergarten (Normalkindergarten)

Leitung = Kindergärtnerin

Mitarbeiterinnen = Kindergärtnerinnen oder Laienkraft

Kindertagesstätte

Leitung = Jugendleiterin

Mitarbeiterinnen = Kindergärtnerinnen.«¹³⁵

So forderte die Arbeiterwohlfahrt für ihre eigenen Einrichtungen eine höhere Qualifizierung der Mitarbeite-

rinnen. Zur Entlastung hielt die Arbeiterwohlfahrt Kinderpflege- und Haushaltsgehilfinnen für möglich. Von Laienkräften wurde im Gegensatz zu der Untersuchung von Boltz überhaupt nicht gesprochen.

Diesen, in bezug auf Ausbildung der Mitarbeiterinnen, Forderung nach männlichen Erziehern, Ankoppelung der Kindertagesstätten an das Wohnumfeld, Elternkontakte sowie Ausgestaltung der Kindergärten, für die damalige Zeit sehr weitreichenden Anforderungen an sich selbst und damit wertbar als Versuch, den Kindergarten aus der Isolation und qualitativ zurückgebliebenen Bewahrfunktion herauszuholen¹³⁶, stand sowohl das Fehlen der traditionellen sozialdemokratischen Forderung nach Ausbau von Kindergärten und -tagesstätten als auch jeglicher sozialpolitischer Stellungnahme gegenüber, wie sie sonst in allen Veröffentlichungen der AW vorhanden gewesen war.

7.5.4. Resümee

Bleibt die Frage, welche Veränderungen gegenüber traditionellen Forderungen eingetreten waren.

- Da ist einmal das Fehlen der Forderung nach Erziehung im sozialistischen Sinne, was auch die auf Seite 20f. geäußerte Vermutung, daß die Zukunft der Erziehung innerhalb der AW nicht in dieser ideologischen Richtung liegen werde, stützt.
- Da ist weiter die Zurückhaltung bei der Definition des Auftrages der Kindertagesstätte. Elfriede Eilers schreibt dazu: »Es wurde 1954 – also vor 30 Jahren – die ergänzende Aufgabe der Kindertagesstätte, nicht ihr eigener Auftrag gesehen.«¹³⁷

Ich füge hinzu: Die AW hätte diesen Auftrag zumindest für den Kindergartenbereich anhand ihrer eigenen Geschichte erkennen und fordern können.

Interpretiert man die Richtlinien als auch zum gleichen Zeitpunkt erscheinende Zeitungsartikel im Zusammenhang mit dem veränderten Trägerwerkverhalten der AW, so wird deutlich, daß sich pädagogische bzw. strukturelle Fragen, den Kindergarten betreffend, in den Vordergrund rückten und damit auch die Veränderung von einem Parteiausschuß zu einem selbständigen Wohlfahrtsverband deutlicher denn je zu erkennen war.

Während in den Gründerjahren der AW die Kritik des gesellschaftlichen Umfeldes auch zu einer Veränderung des sozialpädagogischen Handlungsfeldes führen sollte¹³⁸, kehrte sich dieser Grundsatz nach dem 2. Weltkrieg insofern um, als daß die Erziehung des Menschen im Vordergrund stehen sollte.

Die AW schuf sich mit den Forderungen von 1954 einen Grundsatzkanon, der eine Fortentwicklung des Elementarbereiches innerhalb des Verbandes vorsah.

7.6. Der Wohlstand steigt

Das Wechseln des Notstandes der Nachkriegsjahre mit dem steigenden Wohlstand des »Wirtschaftswunders« brachte natürlich auch für die Verbände mehr Zeit zur Planung.

So konnte sich auch die Arbeiterwohlfahrt zunehmend der Fortentwicklung pädagogischer Fragen widmen.

Die jährlich durchgeführten Sozialarbeiter- und Sozialpädagogentreffen waren ein Ausdruck davon.

Auf die Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zum Wohlstandsstaat reagierte auch die AW mit neuen Forderungen, die in gewisser Weise an der Tradition gemessene Versäumnisse der Richtlinien von 1954 behoben oder verminderten. Vermittelten die Richtlinien teilweise den pragmatischen Eindruck: »Wie reagieren wir auf die Situation«, so bediente man sich 1958 wieder der Analyse wirtschaftlicher Strukturen, um daraus Forderungen abzuleiten.

So definierte Helene Müller, Mitglied des Fachausschusses Ausbildung der AW und ehemalige Leiterin der Arbeiterwohlfahrtsschule in Kassel, die Aufgabe des Kindergartens doch wesentlich anders als in den Richtlinien von 1954:

»Wir können eine von Industrie und Wirtschaft bestimmte Gesellschaft nicht mehr in die alte Form zurückdrängen. Das Zeitalter der patriarchalischen Prägung, in dem die Familie Kernstück der Gesellschaft war, ist vorbei.

Wir haben uns nunmehr mit der Realität auseinanderzusetzen und die Forderungen zu begreifen, die aus einer so umwälzenden Umstrukturierung erwachsen.

In dieser Zeit kann keine Familie ihr Kind fürs Leben erziehen. Die Familie von heute ist nicht mehr in der Lage, ihren Kindern allein die Lebenshilfen zu geben, die diese benötigen, um später als gesunde Erwachsene ihrerseits das Leben zu bewältigen. Die Öffentlichkeit muß Teilfunktionen der Familie übernehmen. Sozialpädagogische Institutionen müssen mit einem wesentlichen Teil der Erziehung betraut werden.«¹³⁹

Ob das Zeitalter »patriarchalischer Prägung, in dem die Familie das Kernstück der Gesellschaft war«, 1958 ein Ende hatte, war natürlich fraglich.

Traditionelle Familienstrukturen bestanden auch nach dem 2. Weltkrieg und ihr gesellschaftlicher Stellenwert ging auch nicht zurück¹⁴⁰. Und auch rechtlich wurde der Stellenwert der Familie bei der Erziehung z. B. in der Novelle des RJWG dokumentiert, wonach ihr der primäre Erziehungsanspruch zugesichert wurde¹⁴¹.

Trotz dieser nur bedingt richtigen Aussage von Helene Müller stimmte natürlich, daß ein Umstrukturierungsprozeß feststellbar war. Relativ gesicherte Existenz breiter Bevölkerungsschichten, Ausweitung des Lebensstandards der Familien, wenn auch häufig über Kredite, kennzeichneten das Ende der fünfziger Jahre. Die Gesellschaft veränderte sich.

An diese Veränderung der Gesellschaft band Helene Müller die Forderung nach Kindergärten für alle Kinder.

Damit rückte die AW wieder näher an alte Forderungen; der Kindergarten ausschließlich als Aufhebungsort für defizitäre Sozialisationsbedingungen war vergessen. Einen Teil der Erziehung sollte die Öffentlichkeit übernehmen, ein erster Schritt der AW zur teilweisen Vergesellschaftung von Erziehung nach dem 2. Weltkrieg.

Ebenso wollte Helene Müller von der immer noch häufigen Bewahrpraxis weg. Sie betonte ausdrücklich den »Bildungsauftrag, den der Kindergarten von Friedrich

Fröbel her erhalten hat, Erziehung für Kind, Eltern und pädagogischen Nachwuchs zu bieten«¹⁴².

Helene Müller machte mit ihren Ausführungen deutlich, daß innerhalb der AW die Zeichen der Zeit erkannt wurden, noch bevor der Altphilologe Georg Picht den »Bildungsnotstand« proklamierte.

Die zweite wichtige Begründung zur Forderung nach Ausbau von Einrichtungen sah die AW in der Möglichkeit, der Verwahrlosung von Kindern entgegenzutreten. Sie stellte daher Kindergärten und -tagesstätten in ein Gesamtkonzept der Reform der öffentlichen Erziehungshilfe¹⁴³. Auch zu Fragen der gleichberechtigten Ausbildung nahm die AW gegenüber 1954 deutlicher Stellung; auf der Reichskonferenz 1957 forderte man:

»Während es für Frauen seit Jahrzehnten eine eigenständige, staatlich anerkannte Ausbildung für halboffene und geschlossene Arbeit (in Kindergärten, Horten, Heimen der Offenen Tür, in Erziehungs- und Wohnheimen) gibt, nämlich die Kindergärtnerinnen und Jugendleiterinnenausbildung, fehlt eine solche für Männer...

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, eine zeitgerechte Ausbildung für Männer und Frauen in einer Ausbildungsstätte der AW zu planen, die ihnen die Möglichkeit gibt, in Heimen aller Art zu arbeiten.«¹⁴⁴

7.7. Das Bild der Kindergärtnerin und der Wunsch nach Einfluß auf die Ausbildung

Durch die Festschreibung des Kindergartens als Notinstitution mangelte es sowohl in Politik als auch in der Wissenschaft am größeren Interesse für den Kindergarten. Eine Reform des Kindergartens schien auch nach dem bildungspolitisch zwar beachteten, insgesamt zur Durchsetzung kaum benutzten Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen aus dem Jahre 1957 kaum in Sicht.

So gab es weder eine wissenschaftlich begründete Didaktik des Kindergartens noch eine Didaktik für die Kindergärtnerinnenausbildung. Auch bei der Arbeiterwohlfahrt machte sich diese Situation des Kindergartens und damit auch seiner Angestellten deutlich.

Natürlich gab es Vorstellungen darüber, was eine Kindergärtnerin können und über welche menschlichen Qualifikationen sie verfügen sollte, doch ein genauer, schriftlich fixierter Kanon lag zu diesem Zeitpunkt nicht fest. Aus den Veröffentlichungen der Arbeiterwohlfahrt wird aber deutlich, daß man sich eine Erzieherin vorstellte, die einerseits über eine hohe Allgemein- und Fachbildung verfügen sollte, andererseits eine durch Liebe zum Menschen ausgeprägte Persönlichkeit sei.

Spezifisch für die Arbeiterwohlfahrt war wohl folgende Forderung:

»Jede Kindergärtnerin der AW sollte einen Teil ihrer Praxis in einem Arbeiterhaushalt abmachen, falls sie nicht selber Arbeiterkind ist.

Aus Arbeiterfamilien kommen die Kinder in den meisten Fällen. Eine Kindergärtnerin muß wissen, wie sich das Leben eines Kindes vom Erwachen bis zum Einschlafen gestaltet.«¹⁴⁵

Neben dieser Forderung gab es durchaus weitere Punk-

te, aus denen deutlich wurde, daß sich die Arbeiterwohlfahrt noch ihrer Tradition, aus der Arbeiterbewegung entstanden zu sein, bewußt war. Dazu gehören:

- a) Stipendienfonds für Studierende sozialer Berufe
- b) Die Vorbereitung von Volksschülerinnen für den Kindergärtnerinnenberuf.

Zu a:

In den fünfziger Jahren war die Ausbildung zu einem sozialen Beruf nicht in jedem Fall wie heute kostenfrei. So kostete die Ausbildung zur Kindergärtnerin monatlich ungefähr 30 DM¹⁴⁶ (Schulgeld und Lehrmittelbeschaffung). Diese war, gemessen an den damaligen Löhnen (ein Arbeitnehmer hatte 1950 etwa einen durchschnittlichen Nettolohn von 2554 DM¹⁴⁷ jährlich; zum Vergleich: Gebühr für die Kindergärtnerinnenausbildung jährlich 360 DM, dieses entspricht ungefähr 14 % des Durchschnittsgehaltes eines Arbeitnehmers), sehr teuer. Der Arbeiterwohlfahrt war aber auch daran gelegen, daß Kinder aus Arbeiterfamilien die Möglichkeit haben sollten, einen sozialen Beruf zu erlernen. So richtete sie 1949 Studienfonds ein, welche zum Besuch von sozialpädagogischen Ausbildungsstätten (Kindergärtnerinnen- und Jugendleiterinnenseminar) und von Wohlfahrtsschulen vergeben wurden und die Verpflichtung zur Rückzahlung nach beendeter Ausbildung einschlossen. Diese Form genossenschaftlicher Selbsthilfe gestattete zwar ärmeren Schülerinnen, an Seminaren teilzunehmen, konnte aber gesamtgesellschaftlich nicht als Lösung bezeichnet werden. Da die Arbeiterwohlfahrt sich auch als eine sozialpolitische Organisation verstand (vgl. S. 25), hätte eine Forderung nach Unentgeltlichkeit des gesamten Bildungssystems mit der Form der Selbsthilfe einhergehen müssen.

Zu b:

Die Aufnahmebedingungen für den Besuch eines Kindergärtnerinnenseminars erforderten einen Schulabschluß mit Mittlerer Reife oder Abitur. Volksschülerinnen mußten, um aufgenommen zu werden, eine schulwissenschaftliche Vorprüfung ablegen.

Die Arbeiterwohlfahrt richtete bis 1960 acht Vorbereitungskurse für die schulwissenschaftliche Vorprüfung ein.

Ziel dabei war es, Schülerinnen, die die Volksschule besucht hatten, auf den Kindergärtnerinnenberuf vorzubereiten. Die Arbeiterwohlfahrt sah dieses als notwendig an, da vielen Jugendlichen, bedingt durch die soziale Lage der Eltern, die Möglichkeit zu einem verlängerten Schulbesuch fehlte und somit eine Möglichkeit geschaffen werden mußte, Volksschülern einen Weg zu einem sozialen Beruf zu ebneten.

Diese Kurse, die nicht AW-spezifisch waren, versuchten, in 6, später 10monatigen Lehrgängen sowohl Allgemeinwissen als auch Fachwissen aus dem Bereich der Kindererziehung zu vermitteln. Dieses löste auch in dem Verband widersprüchliche Diskussionen aus. Versuchte man auf der einen Seite, das Niveau der sozialen Berufe durch Forderungen nach verbesserter Ausbildung zu heben (vgl. Richtlinien 1954), so mußte es geradezu paradox wirken, wenn man auf der anderen Seite Schülerin-

nen in die Kindergartenseminare bringen wollte, die eine weniger allgemeine Schulausbildung hatten.

Hinter der Forderung nach Vorbereitungskursen stand eben auch das Bild der sozialpflegerischen Kindergärtnerin:

»Der soziale Beruf braucht Menschen, die ganz ohne Zweifel einerseits eine abgerundete Bildung (im echten Sinne gemeint) besitzen müssen, um genug eigene Grundlagen und eigenen Reichtum zu haben, damit sie nicht in kleiner, routinierter Randarbeit steckenbleiben. Er verlangt aber auch andere Qualitäten. Zugewandtheit zum Mitmenschen, soziale Aufgeschlossenheit, eine gereifte Persönlichkeit und ein überdies großes Maß an Einsatzbereitschaft, Verantwortungsfreudigkeit, Kontaktfähigkeit und eigene Ruhe und Sicherheit. Auch die Kindergärtnerin muß diese Eigenschaften besitzen, wenn sie fruchtbare Arbeit mit den ihr anvertrauten Menschen leisten will. Neben ihrem Wissen und der Ausbildung ihrer geistigen Fähigkeiten muß ein starkes Maß an Persönlichkeitsbildung vorhanden sein...

Vielleicht gehen die sozialen Berufe gar nicht so falsche Wege, wenn sie neben den jungen Menschen, die ihre Bildung an einer mittleren und höheren Schule erwerben konnten, auch jenen Wege öffnen, die sich im Leben außerhalb der doch verhältnismäßig schützenden Umwelt der Schule schon auseinandersetzen mußten.«¹⁴⁸

Der Versuch, durch Einrichtung von Vorbereitungskursen Volksschülerinnen ähnliche Möglichkeiten zu schaffen, scheiterte letztendlich jedoch an der Praxis in den Kindergartenseminaren, in denen viele Absolventen der Vorbereitungskurse den Anforderungen des Seminars nicht gewachsen waren und somit ein neuer Weg gesucht werden mußte. Sieben Jahre nach der vorher zitierten Stellungnahme schrieb Elisabeth Gehrke:

»Die Erfahrungen mit acht Vorbereitungslehrgängen auf die schulwissenschaftliche Prüfung [...] hatten gezeigt, daß eine »Schnellausbildung« von 10 Monaten als Vorbereitung für die Kindergärtnerinnenausbildung nicht ausreicht und daß außerdem immer wieder junge Mädchen, die in der Praxis der Heime gut beurteilt werden, den geistigen Anforderungen der Kindergärtnerinnenausbildung nicht gewachsen waren, und dann waren sie meist für die sozialpädagogischen Berufe verloren. Diesen mehr praktisch begabten jungen Menschen konnte mit der Ausbildung zur Kinderpflegerin ein Weg gewiesen werden, der ihrer anders gelagerten Begabung entsprach.«¹⁴⁹

Damit war man vorerst aus dem Ausbildungssektor ausgeschieden. Entsprechend dem Grundsatz, auch selbst Einrichtungen zu schaffen, in denen ausgebildet werden sollte (vgl. S. 26), eröffnete die Arbeiterwohlfahrt Anfang der sechziger Jahre Ausbildungsstätten für Kindergärtnerinnen und Kinderpflegerinnen.

Im Rahmen der Kindergärtnerinnenausbildung sollte besonders darauf geachtet werden, daß der Praxisteil ausschließlich in Einrichtungen stattfinden sollte, die von Jugendleiterinnen geleitet wurden. Damit bildete die AW zum ersten Mal selbst Kindergärtnerinnen aus.

7.8. Die Arbeiterwohlfahrt als Arbeitgeber

Die Arbeiterwohlfahrt, die sich als progressiver Verband verstand und die Verbesserung der sozialen Gegebenheiten forderte, war als Träger von Kindergärten, die alleamt, wie heute noch, Zuschußbetriebe waren, auch Arbeitgeber. Dieses deutet natürlich auf Schwierigkeiten hin, da man auf der einen Seite wirtschaftlich arbeiten mußte, auf der anderen Seite aber für eine Verbesserung der Situation der arbeitenden Bevölkerung, und zu ihr gehörten natürlich auch Kindergärtnerinnen, eintreten wollte. Wie sich die Arbeiterwohlfahrt zu der Forderung nach ausschließlich tariflicher Bezahlung gestellt hat, ist mir nicht bekannt, jedenfalls sah die Arbeiterwohlfahrt in der Hebung des Sozialstatus des Kindergartenberufes ein wichtiges Ziel.

»Die Fachkräfte müssen eine richtige Besoldung erhalten. Sie brauchen auch Anerkennung und soziale Achtung des Berufes, wodurch vielleicht auch männlicher Nachwuchs für den Erzieherberuf gewonnen werden könnte.«¹⁵⁰

7.9. Der Kindergartenbereich – ein fester Bestandteil der Arbeiterwohlfahrt

Im Gegensatz zur Weimarer Republik, in der der Kindergarten bei der Arbeiterwohlfahrt vornehmlich auf politischer Ebene Berücksichtigung fand, wurde er nach dem 2. Weltkrieg zum festen Bestandteil der Verbandsarbeit.

Im gleichen Maße, wie der Verband sich verselbständigte, stieg auch das Bewußtsein, Träger zu sein und in Folge dessen natürlich auch das Engagement für die einzelnen Bereiche sozialer Arbeit.

Mit der festen Institutionalisierung der Elementarerziehung verschob sich auch das Bild der Aussagen, so war eine zunehmende Beschäftigung mit pädagogischen und strukturellen Fragen zu erkennen.

Woran verdeutlicht sich nun diese »feste Institutionalisierung«? Da sind einmal die Richtlinien von 1954, mit denen sich die AW ein Gerüst für ihre eigene Arbeit geschaffen hat. Weiter ist da der verstärkte Ausbau von Einrichtungen zu sehen sowie die verstärkte inhaltliche Auseinandersetzung mit Fragen des Kindergartens und der Ausbildung.

In Zeiten des Stillstands im Bereich der Elementarerziehung hatte sich in der Arbeiterwohlfahrt der Kindergarten endgültig etabliert.